

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Glaser (Weißbinder) und Stukkatoren Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgelb),
bei Zufendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Joh. Stanturf, verantwortl. Redakteur: G. Baepfow,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 5, Brennerstr. 11, 1. Et.

Verlags-Angelegen
für die dreispaltige Beilage oder
deren Raum 80 A.

Verbandskollegen! Agitiert kräftig für die Stärkung der Organisation. **VA VA VA** Haltet Eueren im Lokalkampf stehenden Kollegen den Rücken frei.

Inhalt: Ein neuer Vorstoß der Baugewerksämster gegen die Arbeiterorganisation. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. — Zentralkrankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterhäuf, Submissionen zc. Vom Wohnungsmarkt. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Ein neuer Vorstoß der Baugewerksämster gegen die Arbeiterorganisation.

Die „Baugewerks-Zeitung“ veröffentlicht ein an die Vorstände der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe von der Bundesleitung versandtes Rundschreiben, betreffend die Errichtung von Arbeitsnachweisen und Einföhrung von Arbeitszeugnissen. Diese Rundgebung hat eine Vorgeschichte. Die Baugewerksämster (sind*) seit dem Entstehen der gewerkschaftlichen Organisation der baugewerblichen Arbeiter bemüht, den Anspruch dieser Organisation auf selbständige Regelung und Verwaltung des Arbeitsnachweises nicht zur Geltung kommen zu lassen. Sie beanspruchen den Arbeitsnachweis als eine durchaus von ihren Vereinigungen, Innungen zc. abhängige, völlig unter der willkürlichen Leitung der Unternehmer stehende Einrichtung, welcher sich die Arbeiter bedingungslos fügen sollen. Es ist darüber zu schweren Kämpfen zwischen der organisierten Arbeiterschaft und der Unternehmern gekommen, die noch nicht entschieden sind. Selbst die paritätischen, von Arbeitern und Unternehmern gemeinsam verwalteten Arbeitsnachweise wollen die Baugewerksämster nicht gelten lassen. Die Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe zu Stuttgart faßte am 25. November 1903 folgenden Beschluß:

1. Es sind unparitätische Arbeitsnachweise erstrebenswert.
 2. Es ist wünschenswert, daß alle Arbeitnehmer durch den Arbeitsnachweis bezogen werden. In großen Städten wird man jedoch nachgeben müssen, daß Arbeitgeber die Leute direkt annehmen können, daß sie hierüber aber dem Arbeitsnachweis Mittelung zu machen haben.
 3. Die Arbeitsnachweise müssen die Verpflichtung übernehmen, keine Leute aus Streik oder Sperren einzustellen. Die Legitimationen der Leute müssen genau geprüft werden.
- Mit der Frage des Arbeitsnachweises haben die Ämster die des Arbeitszeugnisses in integrierende Verbindung gebracht. Die erwähnte Generalversammlung des Bundes gelangte diesbezüglich zu folgender Entscheidung:
- „Kein Arbeitgeber des Baugewerbes darf einen Arbeiter entlassen, ohne ihm das geleglich vorgezeichnete Arbeitszeugnis auszuhandigen bzw. zur Verfügung zu stellen.“
- Jeder Arbeitgeber des Baugewerbes hat die Pflicht, nur solchen Arbeitnehmern einzustellen, welcher im Besitz eines Arbeitszeugnisses (§ 113 der G.-O.) über seine letzte Beschäftigung ist.“
- Das Rundschreiben nun soll bewirken, daß diese Interessenfrage zur Entscheidung gebracht werde. Da heißt es zunächst:
- Die von der Sozialdemokratie besetzten Gewerkschaften der Arbeiter ver-

langen im Nachgang ihrer politischen Ueberzeugung, daß die Vermittlung der Arbeitsgelegenheit grundsätzlich ihren Organisationen zuzumme, und zwar dies deshalb, weil die ihre Arbeitskraft verbindenden alle in zu bestimmen hätten, wo sie, wie in Anlehnung an ein sonst gefaßtes Bild so-gern gesagt wird, ihr einziges Kapital, ihre Arbeitskraft, anlegen wollten. Zweifelsohne liegt hierin, absolut betrachtet, ein vollkommen berechtigter Gedanke, denn es wird niemandem einfallen, dem Arbeiter das Recht der Arbeitsannahme oder -verweigerung zu bestreiten; die Umprägung dieses Gedankens in den Satz von der freien Kapitalanlage sinkt aber zu einem irreführenden Schlagwort, wenn damit die Frage der Arbeitsvermittlung verbunden oder gar die Forderung eines nur von den Arbeiterorganisationen geführten Nachweises zu begründen versucht wird. Die Arbeitsvermittlung soll doch lediglich einen Ausgleich auf dem Arbeitsmarkte herstellen, und sie soll, selbstverständlich in Wahrung ihrer grundsätzlichen Aufgabe, auf die Annahme der nachgeordneten Arbeit im speziellen ebenso wenig einen entscheidenden Einfluß haben, wie auf die Vergebung der Arbeit selbst. Es wird also nach wie vor jedem, ob er die Arbeitsgelegenheit durch die Vermittlungsstelle oder durch Umschau oder sonstige erfährt, stets freistehen, ob er die Arbeit annehmen will oder nicht, ob er, um dem Wille zu bleiben, dort sein Kapital anlegen oder es zu günstigerer Stelle bringen will.“

Das ist ein demagogisches Kunststückchen, aber ein sehr plumpe. Die Baugewerksämster stellen sich hier auf den echten und rechten Manchesterstandpunkt; sie, die sonst die gewerbliche Freiheit nicht anerkennen, dieselbe als ein „Unheil“ bekämpfen, reklamieren geradezu die „natürliche Freiheit in der Arbeitswahl“ in dem Sinne, daß der Arbeitnehmer nur als Einzelindividuum in Betracht kommt, nicht als Teil eines durch gemeinsame Interessen solidarisch verbundenen Ganzen, als Glied einer Organisation. Das Rundschreiben, dem menschlichen Prinzip weiter Rechnung tragend, fährt fort:

„Wenn die Gewerkschaftsführer diese natürliche Freiheit in der Arbeitswahl aber für sich und ihre Organisationen reklamieren, dann sprechen sie unbeabsichtigt aus, daß die große Zahl der unorganisierten Arbeiter diese freie Wahl bei einem von den Gewerkschaften geleiteten Nachweis aber nicht haben wird und bei den bekannten Tendenzen dieser Organisationen auch gar nicht haben kann. Einmal würden die Gewerkschaftsführer die Nachweise als ein willkommenes Mittel zu einer ihren jeweiligen Broden dienenden künstlichen Verschiebung der auf dem Arbeitsmarkt herrschenden Strömungen benutzen, dann würden Arbeiter die nicht zur Organisation gehörenden Arbeiter noch mehr als bisher unter dem Druck der Organisationen zu leiden haben und noch größeren wirtschaftlichen Schäden, wie leider vielfach schon jetzt, ausgesetzt sein; somit liegt für jeden sorgamen Beobachter des Gewerkschaftswesens die Erkenntnis der Gefahr klar zutage, daß die Arbeiterorganisationen den Nachweis vor allem zu ihrer eigenen Stärkung und Machtheigerung zu benutzen geneigt sein werden, ganz abgesehen davon, daß sie, was zu betonen eigentlich unnötig ist, in den wirtschaftlichen Kämpfen den Nachweis als fühlbare Waffe gegen die Arbeitgeber heben würden.“

Ganz natürlich und selbstverständlich soll, wie die Arbeiterorganisation überhaupt, so der Arbeitsnachweis insbesondere eine Waffe gegen das Unternehmertum sein; es sollen damit berechnete Interessen der Arbeiter gegenüber dem Unternehmertum gewahrt werden. Zwischen beiden Teilen besteht, resultierend aus dem Interessengegensatz, ein in der Nachfrage gipfelndes feindliches Verhältnis. Und in diesem Verhältnis spielt der Arbeitsnachweis eine erhebliche Rolle.

Die organisierte Arbeiterschaft beansprucht diese Einrichtung als integrierenden Teil ihrer Kampfortganisation, um eine Garantie mehr sowohl für die An-

erkennung ihrer Organisation als auch für die Gewährung und Erhaltung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu haben. Dem Voraussetzungen beim gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis ist, daß nur solche Unternehmer Arbeitskräfte erhalten, welche sich zu den gewerkschaftlich vorgegebenen resp. mit der Unternehmerchaft vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen bekennen.

Und eben deshalb sind die Unternehmer Feinde des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises. Und eben deshalb beanspruchen sie, von entgegengesetzten Voraussetzungen ausgehend, den Arbeitsnachweis für sich. Er soll auch ihnen ein Kampfmittel sein und zwar gegen die Arbeiterorganisation. Können sie beliebig über die Arbeitskraft verfügen ohne Rücksicht auf die Arbeiterorganisation, so ist es ihnen ein leichtes, ihre Auswahl der Arbeitskraft so zu treffen, daß sie die Löhne drücken, die Arbeitsbedingungen verschlechtern können. Aus diesem Grunde beruft sich das Rundschreiben auf die „freie Wahl der großen Zahl der unorganisierten Arbeiter“. Unter Spekulation auf diese Arbeiter soll der Arbeitsnachweis in die Hände der Unternehmer gegen die organisierte Arbeiterschaft benutzt werden.

Wenn noch etwas gefehlt hätte, diese Tendenz des Arbeitsnachweisprojektes der Baugewerksämster deutlich erkennbar zu machen, so wäre es gegeben mit der Forderung betreffend das Arbeitszeugnis. So harmlos diese Forderung oberflächlich und an sich betrachtet erscheint, so bedenklich ist sie. Mit dem Arbeitszeugnis wollen sie zu einem System der Kontrolle über die Arbeiter gelangen, um sie desto leichter vergewaltigen zu können. Das Rundschreiben läßt hierüber keinen Zweifel. Es sagt:

„Hand in Hand mit der Errichtung der Arbeitsnachweise muß die Einföhrung der Arbeitszeugnisse gehen. Wesentlich haben die Arbeiter nach § 113 der N.-G.-O. das Recht, beim Verlassen der Arbeit ein Zeugnis über die Dauer ihrer Beschäftigung zu fordern; auf Wunsch der Arbeiter muß dieses Zeugnis auch auf Beurteilung ihrer Leistungen ausgedehnt werden. Es ist ohne weiteres klar, daß die allgemeine Einföhrung dieser Zeugnisse den Arbeitgebern wertvolle Dienste zur Beurteilung der Qualität der einzustellenden Personen leisten wird; ganz besonders aber zeigt sich unseren Tagelohnern die Wichtigkeit dieser Beschäftigungen bei der Abwägung der den Arbeitgebern zur Verfügung stehenden Abwehrmittel gegen die ständig zunehmenden Streiks und Sperrern. Durch die amtliche Streikstättigkeit ist bekannt, daß das Baugewerbe das von Streiks am meisten heimgesuchte Gewerbe unserer vaterländischen Produktionszweige ist; die vielfachen Erfolge der Arbeiterorganisationen auf ihrem Hauptgebiete, dem der wirtschaftlichen Kämpfe, ermuntert die Gewerkschaften zu immer tüftlicherem Vorgehen und lassen die Herrgottselste der berufsmäßigen Agitatoren immer bedrohlicher hervortreten. Die Arbeitgeber sind es ihrer eigenen Existenz und der Erhaltung ihres natürlichen Bestimmungszwecks auf den Wauten selbst schuldig, in der Bekämpfung der durch ungerechte Forderungen hervorgerufenen Ausstände treu zu einander zu stehen und hierbei alle diejenigen Mittel für sich nutzbar zu machen, die diese Bekämpfung erleichtern oder überhaupt ermöglichen.“

Hier haben wir das offene Eingeständnis, daß das Arbeitszeugnis terroristischen Zwecken gegen die Arbeiter dienen soll. An anderer Stelle des Rundschreibens heißt es, daß es sich um Mittel handle, der Uebermacht der baugewerblichen Gewerkschaften zu begegnen, „die unter dem Druck der Organisation stehenden Arbeitskollegen mehr zu schützen“, „ungerechtfertigte Ausstände zu be-

* Worüber das Nähere in Fr. Baepfows Buch: „Die Organisation der Maurer Deutschlands von 1869—1899“ nachzulesen ist.

Kämpfen, alles in allem: „Die Macht der Gewerkschaften zu brechen!“

Inzwischen ist der erste Zusammenstoß in den Unterwerferten - Bremerhaven - Geestemünde - Lehe - erfolgt. Die vereinigten Bauunternehmer haben schon im zeitigen Frühjahr den Konflikt mit den Arbeitern gesucht. Ursprünglich hatten die Maurer und Bauhilfsarbeiter Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes und Abstellung einiger Mißstände gestellt. Die Zimmerer hatten keine Forderungen gestellt, aber um Verhandlungen nachgesucht. Die „Arbeitsherren“ lehnten jegliche Verhandlungen ab und bezeichneten die Forderungen als „fivol“.

Um nun den Unternehmern jeden Vorwand zu Gegenmaßnahmen zu nehmen, beschloßen die Maurer und Bauarbeiter am 16. Februar, von ihren sämtlichen Forderungen Abstand zu nehmen. Damit, so glaubten sie, wäre den Unternehmern jeder Grund zu Provoaktionen entzogen. Mit dieser friedlichen Gesinnung der Arbeiterschaft war dem Unternehmertum aber gar nicht gedient; es wollte unter allen Umständen Kampf. Der teilweise Erfolg der Redereien und anderer großer Transportfirmen im vorigen Jahre über die Hafen- und Transportarbeiter hat die Herren vom Bau kühn gemacht: man trägt sich mit nichts geringem als mit dem Gedanken, die Organisationen der baugewerblichen Arbeiter zurückzudrängen zu können.

Die Bauunternehmer hatten bereits ein neues Provoaktionsmittel bei der Hand: Sonnabend, den 20. Februar, stellten sie an die Pölkere die Forderung, bis zum 1. März aus der Organisation der Gesellen auszutreten. Auch dieser „Schlag“ hatte ein negatives Resultat. Die Unternehmer hatten wohl gehofft, die Arbeiter in den Streik hineintreiben zu können. Aber auch diesmal ließen sich die Arbeiter nicht zu dem von den Unternehmern so sehnlichst erwarteten Schritte reizen. Kummern bedient die Unternehmer ihre letzte Karte auf: der schon auf allen Unternehmertagen mit so vielen Tamtam angekündigte „Arbeitsnachweis“ trat ins Leben. Es begann nun zunächst der Kleinstkrieg. In den Kreisen der baugewerblichen Arbeiter wurde vor der Benutzung des „Arbeitsnachweises“ gewarnt. Jüngere Leute reisten ab und in den Arbeitersitzungen wurde um Fernhaltung des Zutuges gebeten. Das Maßregelungsbureau konnte also vorab noch nicht recht zur Geltung kommen.

Nun wagten die Unternehmer den letzten Schritt. In der Woche vor Ostern wurden an die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter Karten folgenden Inhaltes verteilt:

Unterschnitter erklärt hierdurch, daß er dem vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe errichteten Arbeitsnachweis, als für Anstellung von Gesellen, Gehülfen und Arbeitern im Baugewerbe maßgebend, anerkennt.

Bremerhaven, Geestemünde, Lehe, } den 2. April 1904.

NB. Wer nach Ostern weiter arbeiten will, hat diese Karte zu unterschreiben und abzugeben. Damit hatten die Unternehmer den Arbeitern die Pistole auf die Brust gesetzt: Entweder du unterschreibst oder du fliehst hinaus!

Die Arbeiter haben es vorgezogen, nicht zu unterschreiben, sondern lieber die Aussperrung über sich ergehen zu lassen. Einen anderen Ausweg gab es ja auch nicht mehr. Entweder die glatte, wenn auch unverbildliche Unterschrift, oder ein kräftiges Nein. In drei überfüllten Versammlungen haben die Angehörigen der drei Berufe beschlossen, die Karten nicht zu unterschreiben.

Die Unternehmer haben dann ihre Drohung wahr gemacht. Am Dienstag nach Ostern sind etwa 1000 baugewerbliche Arbeiter ausgesperrt worden. Nach neueren Mitteilungen sind die Stutfateure, Tischler, Klempner und Schmiede gleichfalls ausgesperrt, weil sie den Arbeitsnachweis nicht anerkennen wollen. Die Maler waren schon vor der Aussperrung im Streik. Daß die Unternehmer auch in diesem Falle wieder mit „schwarzen Listen“ arbeiten, dürfte nicht weiter überraschen. Wer die Gepflogenheiten der baugewerblichen Unternehmer kennt, regt sich auch darüber nicht mehr auf, daß sie die Aussperrung in einen Streik der Arbeiter umzuliegen suchen. Die „schwarze Liste“ wird durch folgendes Schreiben eingeleitet:

Bremerhaven, den 6. April 1904. Sehr geehrter Herr Kollege! Die Maurer, Zimmerer und Arbeiter in den Unterwerferten Bremerhaven, Geestemünde und Lehe haben die Arbeit niedergelegt aus dem alleinigen Grunde, weil sie den von uns errichteten Arbeitsnachweis nicht an-

erkennen wollen. Es liegt somit klar auf der Hand, daß ein solcher Zustand uns nichts nur eine Machtfrage sein kann. Die berechtigten Herren Kollegen bitten wir daher bringend, uns in dem Kampf um die Macht, in welchen wir hineingewungen sind, zu unterstützen, indem den streikenden Bauhandwerkern und Arbeitern, welche dort um Arbeit anfragen, die gebührende Rücksicht zu teil wird. Bereit die angefallenen Leuten bitten wir aber anheimzugeben, in ihr früheres Arbeitsverhältnis zurückzukehren.

Die Namen der Streikenden folgen nachstehend. Mit kollegiallichem Grüße Der Vorstand für das Baugewerbe an der Unterwerf. A. B. A. n. a. s. t. e. d. i., Vorsitzender.

Wie die „Nordb. Volksstimme“ berichtet, sind auf der Liste 855 Namen (403 Maurer, 125 Zimmerer, 327 Bauarbeiter) verzeichnet. Unsere Kollegen seien hiermit einbringlichst ermahnt, den Aussperrteten überall hilfreich zur Seite zu stehen, damit die schwarze Liste und die ganze Aussperrung recht bald illusorisch wird und der unieren Kollegen ausgebrängte Kampf mit einer effektanten Niederlage der Unternehmer endet.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Schleswig-Holstein: Steinbek b. Hamburg (Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter ausgesperrt), Segeberg (Streik), Heide, Olasloe (Differenzen);

Mecklenburg: Grabow (Streik der Maurer und Zimmerer), Güstrow (Sperre über den Bau des Rentiers Mertens (Regiebau) wegen Akkordarbeit), Schwärin (Sperre über Ferd. Stange), Neustrelitz (Sperre über den Unternehmer Rätz);

Pommern: Insel Rügen, Franzburg-Richtenberg, Anklam-Lübs-Ducherow-Lassan (Streik);

Prov. Brandenburg: Ketzin a. d. H., Rathenow, Drissen (Streik), Fürstenwalde, Wannsee (Streik der Bauarbeiter), Forst i. d. L., Senftenberg (Differenzen);

Ost- u. Westpreussen: Lötzten, Pollychon und Tapiau (Differenzen), Podgarn (Sperre über die Lewinschen Ziegeleien in Rudak), Königsberg (Aussperrung der Bauarbeiter);

Prov. Posen: Bromberg, Krotoschin-Militsch (Differenzen);

Schlesien: Breslau (Sperre über Baumgart wegen Maßregelung), Brieg (Sperre über die Ziegelei von Pletzsch), Kreuzburg (Streik);

Prov. Sachsen und Anhalt: Barby (Aussperrung der Maurer), Magdeburg (Sperre über Wille, früher Drube & Engelmann), Trebitz (Sperre über die Bauten des Unternehmers Eltner in Schnellin), Zerbst (Streik), Stendal, Thale-Timmarode (Differenzen);

Thüringen: Coburg (Sperre über den Unternehmer Eisermann aus Cöln);

Königr. Sachsen: Leipzig (Sperren über die Bahnhofsbauten der Unternehmern Risse & Lingsleben aus Halle, Berndt aus Dresden und Daniel Marin aus Spillimbergo (Udine), Reichenbach b. Meissen (Sperre über Maudrich), Copitz b. Pirna (Sperre über Wolf);

Rheinprovinz: Wermelskirchen (Sperre über Hussels), Düsseldorf (Zimmererstreik);

Bremen: Bremen (Differenzen), Bremerhaven-Geestemünde-Lehe (Aussperrung);

Hannover: Aurich (Streik), Hannover, Lehrte (Differenzen);

Gr. Oldenburg: Wildshausen (Sperre über Hollmann), Nordenham (Differenzen);

Braunschweig: Hessen (Sperre über den Unternehmer Hundertmark).

Ausland:

Oesterreich: Wien, Linz, Reichenberg, Salzburg, Teplitz, Triest und Zara (Differenzen. Maurer und Bauarbeiter mögen die Orte meiden);

Ungarn: Ada, Bekeschaba, Bonyhad, Gross-Kanizsa, Kaposvar, Mako, Oroshaza und Veszprim (Differenzen), Budapest (Streik der Plattenleger- und Ansetzer und Zementarbeiter).

Wir beschäftigen in der Folgezeit unter einer besondern Aufsicht alle Ereignisse der Lohnbewegung und die Abschließung resp. Verlängerung von Arbeitsverträgen zu registrieren. Die Gutvorstände werden daher ersucht, uns über die bezeichneten Vorgänge auf dem Laufenden zu halten und unter genauer

Angabe des Erreichten ein Exemplar der neu abgeschlossenen Verträge und ebenfalls von den ohne Änderung verlängerten Verträgen einzusenden.

In Preuß. haben sich die Differenzen vorläufig dadurch erledigt, daß die auf Veranlassung der Preßler Innung in Kiel gemachte Maurer und Zimmerer bei denselben Unternehmern wieder eingestellt wurden. In Preuß. selbst sind die Verhandlungen noch in der Schwebe.

Der Streik in Segeberg hat am 11. April begonnen. In Seide haben sich die Differenzen so zugepoint, daß Ende dieser Woche der Streik zu erwarten ist. Unsere Kollegen fordern die Erhöhung des Stundenlohnes von 40 $\frac{1}{2}$ auf 48 $\frac{1}{2}$.

Aus dem Streikgebiet der Insel Rügen sind fast sämtliche unterbezahlte und auch mehrere verheiratete Kollegen abgereist. Ein auswärtiger Unternehmer, der einen Bau in Binz auszuführen hat, hat die Forderungen der Streikenden bewilligt. Drei Poliere sind in Bergen zu Streikbrechern geworden, und in Sellin besuchen zwei verheiratete Unternehmer ihr Glück mit der Kasse. In Garz beschäftigt Meister Kleber am Neubau eines Hotels sieben Gefrängte, meistens „einjährige“ Gesellen, hat er nicht in Arbeit. - Der Unternehmerrund soll seine Mitglieder gegen Konventionalstrafe verpflichten haben, innerhalb sechs Wochen nicht zu bewilligen.

In Lubitz (Hinterpommern) haben die Unternehmer die minimalen Forderungen unserer Kollegen anerkannt, während zwei sich weigern. Ueber diese soll die Sperre verhängt werden. Durch die Aussperrung der Bauarbeiter in Königberg sind bisher circa 500 Maurer arbeitslos geworden, ungefragt ebenso viele arbeiten bei Unternehmern, die nicht ausgesperrt haben.

Aus Landeck (Westpreußen) wird berichtet, daß die seit langem bei einem Unternehmer in Hagebusch (Pommern) beschäftigten Maurer ausgesperrt wurden, weil sie dem Verband angehören. Ueber den vom Terrorismus besessenen Herrn wird die Sperre verhängt werden.

Die Berliner Pölkere stehen in der Bewegung, um den nächsten Tag zu erringen. In einer am 6. April abgehaltenen Versammlung, die sehr hart beschau war, wurde beschlossen, vom andern Tage an nur noch acht Stunden hat wie bisher acht einhalb Stunden zu arbeiten. Ueber den Erfolg liegen noch keine Berichte vor.

Der Lohnkampf unserer Kollegen in Wannsee bei Berlin hat sich schnell erledigt. Es kam eine Verständigung auf 2 $\frac{1}{2}$ Lohnerhöhung zu stande. Nun streiken aber die Bauarbeiter, wodurch die Maurer natürlich in Mitleidenschaft gezogen werden.

In Fürstentumwalde streiken gleichfalls die Bauarbeiter. In Rathenow ist am 8. April der Streik beschlossen worden. Noch am 7. fand eine Unterhandlung mit den gesamten Unternehmern statt, die aber zu keiner Einigung führte. Die Entwidlung des Streites ist bekannt. Nachdem der Arbeitgeberverband erst mit allen Gewaltmaßregeln gedroht, teilte er am 26. März der Lohnkommission mit, daß er nach dem 1. April es jedem Unternehmer überlasse, den Lohn zu regeln. Das schien die Panzerotteilung der Unternehmerrorganisation anzudeuten. Nun wurde jedem Unternehmer ein Tarif zur Unterschrift durch die Lohnkommission unterbreitet. Um die Annahme des Tarifes dem einzelnen Unternehmer so leicht wie möglich zu machen, wurde der alte Tarif durch die Zugeständnisse der Unternehmerrorganisation in der ersten Verhandlung ergänzt und sofort 2 $\frac{1}{2}$ Lohnerhöhung gefordert und eine weitere Erhöhung des Lohnes um 2 $\frac{1}{2}$ vom 1. April 1905 an in der Tarif eingestuft. Dieser Tarifvorstoß wirkte aber Wunder: Es fanden sich sofort die Unternehmer wieder zusammen und verlangten eine gemeinsame Verhandlung. Sie verlangten nun eine Kasse von Zusätzen zu dem Tarif der Gesellen, darunter die Leistungsaufzeit mit 650-800 Steinen pro Tag, den Entlassungsschein und andere schöne Sachen, die jedoch an das Monstrum des Potsdamer Tarifentwurfs von 1903 erinnern. Auf die Frage, mit dem die Maurer es denn nun zu tun hätten, wurde ihnen die Antwort: mit den vereinigten Arbeitgebern. Angeboten wurden 2 $\frac{1}{2}$ Lohnerhöhung. Die Gesellen forderten nun als Vorbedingung die Zurückziehung der Zusätze, sonst würden sie in eine Verhandlung überhaupt nicht eintreten. Hierbei wird bemerkt werden, daß die Maurer jeden Streitpunkt bei Aufstellung des Tarifes vermicden hatten, abgesehen von dem Lohn, der noch kritisch war. Dagegen waren die Unternehmer ein ganzes Rudel neuer, bis dahin nie zur Diskussion gekommener Forderungen dazuwischen. In der Verhandlung ist den Herren denn auch oberhalb des Gehirns gelagelt worden. Nach langem Hin und Her jagen die Unternehmer ihre Zusatze zurück und bewilligten bei einjähriger Vertragsdauer 2 $\frac{1}{2}$ Lohnerhöhung. Die Kommission der Gesellen aber hatte gebundene Mandate und konnte von dem bereits bis aus äußerster reduzierter Tarif nichts mehr ablassen. Wohl wurde von den Unternehmern für den Dezember eine weitere Verhandlung zugesichert, aber auf die klare Frage, ob sie sich verpflichten könnten, daß für 1905 eine Lohnerhöhung eintreten würde, antworteten sie ausweichend und mühsamlichlich zugeben, daß sie diese Absicht nicht hätten. Diese Zusage sowie das provozierende Verhalten des Vorstehenden und die Art, wie man die Maurer seit vier Monaten behandelt, ließ die Verhandlung scheitern. Derselben wohnen ein Zimmermeister Krüger aus Wöbbau bei, der sich bemühte, eine Einigung herbeizuführen, er betonte wiederholt, daß das Verhalten seiner Kollegen gegen die Maurer während der vier Monate dauernden Verhandlung zu tadeln sei, einmal nannte er es sogar ein schlechtes. Drei Unternehmer, die ungefähr 30 Gesellen beschäftigt, haben den Tarif unterschrieben.

Die Unternehmer in Forst i. L. haben in der Woche vor Ostern den Maurern mitgeteilt, daß die Arbeitszeit geändert werde und zwar besteht, daß die Mittagspause auf 1 $\frac{1}{2}$ Stunde verlängert und dafür die Wesperepaue fortfallen sollte. Trotz des Protestes der Gesellen ist diese Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auf den meisten Arbeitsplätzen bereits durchgeführte. Besonders für die auf dem Lande wohnenden Kollegen ist diese Maßregel bedrückend. In der Mittagspause sind sie auf schlechte Baubänke oder Knippen angewiesen, ohne ein richtiges Mittagmahl zu sich nehmen zu können. Es würde eine große Gefährdung ihrer Gesundheit bedeuten, wenn sie bei dem fargen und lauten Mittagstisch bis 6 Uhr Abends ohne Wespere arbeiten sollen, und dann noch Wege von einer bis zwei Stunden zurücklegen müssen. Diese vielen Stunden der Arbeit unter so schädlichen Umständen und die Gesundheit der Arbeiter auf das empfindlichste. Von den kürzlich geäußerten, in Forst beschäftigten 303 Maurern wohnen am Ort nur 108, dagegen 194 auf dem Lande. Die Kollegen gebeten diese Verschlechterung nicht ohne

weltlich-Bingunehmen, sondern sie wollen die gewohnten Mittags- und Vesperpausen innehalten. Die Unternehmer aber drohen mit Entlassung, daher, die sich ihrem Gebot nicht fügen. Es steht demnach für die nächsten Tage eine Aussperrung in Aussicht. Im Lohngebiet Centnerberg-Walden dürfte es Ende dieser Woche zum Streit kommen.

Mehrere Sperren sehen in Weihen und Umgegend bevor, ebenfalls in Pirna. In der Hauptsache handelt es sich um Festlegung der zehnstündigen Arbeitszeit und Erhöhung des Stundenlohns. In Neichenbach bei Weihen wurde die Sperre von den 11 Stunden nicht abgehoben, auch nur 28 1/2 zahlen. Nach der Meinung Maundrichs brauchen die Maurer und Bauarbeiter nur eine halbtägige Mittagspause von 1/2 bis 1 Stunde. Er hätte auch noch herabzusetzen, die wegen Verbesserung des Arbeitsverhältnisses vorstellig wurden, zu mahnen. Hierauf stellen 13 Maurer die Arbeit ein. In Weihen selbst haben einige Unternehmer die zehnstündige Arbeitszeit und 36 1/2 Stundenlohn bewilligt. — In Cositz bei Pirna wurde die Sperre über den Unternehmer Wolf verhängt. Die Kollegen fordern 38 1/2 Stundenlohn.

In Wersberg haben unsere Kollegen auch noch um die zehnstündige Arbeitszeit zu kämpfen. Zunächst ist über die Unternehmer Ritschfeld und Hoffmann die Sperre verhängt worden.

Gau Wandenburg. Die Lohnbewegung hat nunmehr in einer ganzen Reihe Orte des Gaues kräftig eingesetzt; in einigen Orten ist es zum offenen Kampfe gekommen. — In Barby greifen die Unternehmer aus dem letzten Jahre, möchten aber ihren Vorkämpfer nicht gern desavouieren, da ja mit dessen Hilfe beizugehen die städtischen Arbeiten entzogen werden sollen, der sich etwa erlauben würde, Verhandlungen einzuführen. Um dies Unheil nicht in den Kauf zu nehmen, muß eben weiter gekämpft werden, wie Unternehmer Weinberg mit. In der letzten Woche drei Ehornleimauer aus Dresden, zu denen sich noch sechs Freiberger zugesellen, den Hauptstreikmacher zu Hilfe genommen; hoffentlich reifen sie wieder ab, nachdem sie erfahren haben, was man sie gebrauchen will. — In Löbejün werden die Kollegen, daß die Unternehmer im Bureau des Bürgermeisters die Arbeitsbedingungen unterzeichnen. Die Unternehmer haben sich mündlich bereit erklärt, die Forderung (30 1/2) anzuerkennen. Die Kollegen beschließen nun, abzuwarten, ob die Herren auch Wort halten, wenn nicht, soll in nächster Zeit vorgegangen werden. — Die Unternehmer in Döberitz leben in Hornhausen scheinen es gar nicht vermeiden zu können, daß sie mit der Aussperrung, was die Lohnkommission hinauszuweisen. Kollege Veder ist nach der Aussperrung noch nicht wieder eingestellt worden, jetzt ist auch Kollege Altmann hinausgeschickt, fahren die Unternehmer so fort, so werden sie bald wieder zur Arbeit kommen. — Die Osterburger Unternehmer sind plötzlich sehr räuberlich geworden, sie wollen die zehnstündige Arbeitszeit bewilligen für das nächste Jahr, jetzt wäre es noch nicht an der Zeit, da erst der Unterschied zwischen Stadt und Land mehr ausgeglichen werden müßte. Daß unsere Kollegen darauf nicht eingehen, ist selbstverständlich. — In Döberitz haben die Unternehmer den alten Vertrag in verschlechterter Auflage zur zweiwöchigen Verlängerung angeboten. Die Kollegen lehnen ihn ab, beschließen aber, auch die Durchführung ihrer Forderung (37 1/2 Stundenlohn) auszuüben. — Im Lohngebiet Schandau werden die Kollegen 32 1/2 Stundenlohn. Das ist den Bauern zu viel und hat deshalb der Großbauer Wittler in Groß-Sanderleben seine Arbeiter einstellen lassen, die Maurer sollen erst zahlen und ihre Kasse freigekant werden, dann kann die Arbeit wieder aufgenommen werden. Na, unsere Kollegen werden zur geeigneten Zeit Revanche nehmen. — Die Stenbaler Unternehmer sind in ihrer Herrlichkeit unter die Reichsfeinde gegangen. Die aus dem Steuerfiskus der Stadt ausgeführten Kasernebauten sind mit Italienern besetzt, auf den Privatbauten werden ebenfalls die Fremden bevorzugt, während die Einheimischen nicht eingestellt werden. Das Maß der Geduld ist nun überlaufen, so daß der Tanz alle Tage losgehen kann. — In Zschalpa-Timmerode haben die Kollegen ihre Forderung (40 1/2) eingeleitet; bis zum 15. April nicht zurückweisend beantwortet, soll der Tanz losgehen. — In Wittenberg haben die Unternehmer die zehnstündige Arbeitszeit und 30 1/2 Stundenlohn bewilligt. — In Zerbau ist am dritten Oherstage die Arbeit nicht wieder aufgenommen worden. Die Unternehmer wollten die Kollegen bis zur Erledigung der dringendsten Arbeiten hinhalten, kurz entschlossen machten deswegen die Kollegen halt. Die Situation ist gut. Um Unklarheit über die Situation am Ort zu schaffen, gestatteten sich die Unternehmer einen verpöhlten Aprilscherz, indem sie an ihre Organe, an die Baugewerkschaft und an das Zentralblatt folgendes berichteten: „Nach Ablegung dieser Forderungen durch die Arbeitgeber, wänden sich die Arbeitnehmer um Unterstützung an ihre Zentralleitung in Gumburg, erhielten jedoch von dort den Rat, zur Zeit von einer Streikbewegung abzuhellen, weil die verminderte Arbeitsgelegenheit in 3. einem Erfolg nicht verpreche. Zudem seien die Lohnverhältnisse noch ungleichmäßiger, als in vielen anderen größeren Städten. Gegenwärtig verfüge die Zentralleitung über genügende Mittel, um bei einem Streit auskömmliche Unterstützung zu leisten zu können. Trotzdem beschließen die Maurer den Ausstand. Auf ihre Mitteilung an die Zentralleitung in Gumburg, sie würden im Nichtzustimmungsfalle aus dem Verbands anstreiten, ist eine Antwort bisher noch nicht erfolgt.“ Was die Unternehmer mit dieser böllig auf der Luft gegriffenen Nachricht, die der „Arbeitgeberbund“ allerdings auch noch wert gehalten hat, durch ein besonderes Flugblatt durch ganz Deutschland zu verbreiten, was also die Unternehmer hiermit begnadigen wollten, ist nicht recht verständlich. Wenn sie die Absicht hatten, Verwirrung unter den Mitgliedern des Verbandes in Zerbau anzurichten und die übrigen Verbandemitglieder gegen den Vorstand aufzubringen, so ist ihnen ihr Vorhaben gründlich vorbeizugehen. Die Arbeitsunterbrechung in Zerbau war eine einmütige; den Unternehmern ist der Schlag ganz unerwartet gekommen. Am Schluß der vorigen Woche bebauten sich 98 im Streit und 22 arbeiteten bei fünf Unternehmern zu den neuen Bedingungen.

Die Münchener Steinarbeiter (Verkehrsbranche) haben seit Jahren mit den Unternehmern in Unterhandlungen um Ein-

führung der neuen stündigen Arbeitszeit. Für die eigentlichen Steinbauer ist sie ja durch Beschluß des Bundesrats eingeführt worden, wenn auch diese Verordnung von sehr vielen Unternehmern freudlos abgelehnt wird. Streitig ist aber noch immer die Frage, ob auch die Steinbauer, die am Bau die Steine nacharbeiten und verlegen, der Wohlthat der bundesrätlichen Verordnung teilhaftig sein sollen. Jedemfalls kräusen sich die Unternehmer überal, diesen Arbeitern die neuinständige Arbeitszeit zu bewilligen. Um ihrer Forderung Nachdruck zu geben, haben die Münchener Steinarbeiter über die Firmen Her & Grohmann, (Kranfurt), sämtlich am Rathausbau beauftragt, die Sperre verhängt. Sämtliche dort beschäftigten Steinarbeiter haben die als Versteigmauer bei den genannten Firmen in Arbeit zu treten.

Gau Nürnberg. Nachdem in diesem Jahre die Waukonjunktur den Vorjahren gegenüber in unserem Gau Bayern in einer Anzahl von Orten eine Besserung erfahren hat, machte sich bei unseren Kollegen auch das Bestreben nach einer Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mehr als je geltend. In den letzten Monaten haben sich unsere Kollegen in Ansbach, Fürth, Nürnberg, Regau, Roth und Kulmbach eingehend mit ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen beschäftigt, und es sind auch bereits Erfolge aufzuweisen. In Nürnberg haben die Kollegen zwei Vesperpausen zu ihrem Vorteil durchgeführt, wobei nicht nur die geplanten Lohnabzüge zurückgewiesen wurden, sondern auch noch der von den Kollegen geforderte Wegelohn erreicht wurde, so daß sich der Lohn bei den in Frage kommenden Kollegen um 1 1/2 bis 5 1/2 pro Stunde erhöhte. Im Monat April wird den Unternehmern in Nürnberg und Fürth die Forderung auf neunstündige Arbeitszeit und 50 1/2 Lohn pro Stunde noch zugehen, und es dürfte gelingen, die Forderung zu erreichen, da die Arbeitszeit für Steinbauer bereits auf neun Stunden pro Tag durch Bundesratsverordnung gesetzlich festgelegt ist. In Schweinfurt dürfte den Unternehmern gleichfalls noch in diesem Monat eine Forderung auf 40 1/2 Lohn pro Stunde zugehen, die bisher eingeführte Arbeitszeit von zehn Stunden pro Tag soll beibehalten werden. Außerdem sollen Ueberstunden und bergelichen Arbeiten höher entlohnt werden. — In Ansbach beabsichtigt man, da dort einzelne Unternehmer im Sommer elf Stunden pro Tag arbeiten lassen, allgemein die Bedürfnistage einzuführen, was jedenfalls kein unbedeutendes Verlangen sein dürfte. — In Schwabach soll auch nur eine kleine Forderung in der Arbeitszeit eintreten, nämlich die, daß an Sonnabenden und Vesperpausen, wogegen sich aber die Unternehmer schon seit Jahren sträuben, und sich deshalb in einen Kampf einzulassen, wurde für zu kleinlich befunden. Die Einführung dieser Veränderung soll bei einer günstigen Waukonjunktur, wenn auch zugleich eine Lohnerhöhung gefordert werden soll, eintreten werden, wozu aber günstigeren Waukonjunktur, wenn auch zugleich eine Lohnerhöhung gefordert werden soll, eintreten werden, wozu aber vorläufig keine Aussichten vorhanden sind. — In Kulmbach glaube die Mehrzahl unserer Kollegen, nach dem haben, so daß die Organisation nicht mehr nötig zu haben, so daß die Unternehmer ein leichtes Spiel hatten, den Lohn bis auf 25 1/2 pro Stunde herabzubilden, bei welchem Lohn sich unsere Kollegen in der Vierstadt Kulmbach wieder der Organisation erinnern. Es wurde am 5. März d. J. von den Kollegen eine Forderung auf Lohnerhöhung gestellt und eine solche von einem Unternehmer, der 3 1/2 alte Bauten, die in Kulmbach vorhanden sind, auszuführen hat, auch bewilligt. Die Lohnerhöhung beträgt im Durchschnitt 3 1/2 pro Stunde. Die übrigen Unternehmer hatten zu jener Zeit keine Arbeit und somit auch keine Gesellen in Beschäftigung, so daß ein Einheitslohn vielleicht erst im Laufe des Sommers eingeführt werden kann. — Einen schönen Erfolg haben die Kollegen in Rastatt am 2. März während der Osterfeierstage erzielt. Am Sonntag vor Ostern hatten die Kollegen einen Zweigverein gegründet, und schon nach vier Tagen belamen sie Lust, eine Forderung an die Unternehmer zu stellen. Es war der Wunsch laut geworden, an Stelle der bisher zehneinstündigen Arbeitszeit die zehnstündige treten zu lassen und anstatt des bisherigen Stundenlohnes von 32 1/2 einen solchen von 35 1/2 zu verlangen. Am Ohermontag wurde der Vorstand herbeigeholt, und es kam auch zu Unterhandlungen, wobei man sich dahin einigte, daß die zehnstündige Arbeitszeit sowie ein Stundenlohn von 34 1/2 sofort eingeführt werden solle. Die Kollegen in Roth müssen nun, wenn sie in den nächsten Jahren eine weitere Verbesserung ihrer Lage herbeiführen wollen, auch der Organisation treu bleiben, und es nicht machen wie im Jahre 1900. Als sie damals eine kleine Lohnerhöhung und an Stelle der elfstündigen Arbeitszeit die zehneinstündige errungen hatten, lehrten sie der Organisation den Rücken. — Von Meibach hat man uns zwar vor ein paar Tagen mitgeteilt, daß beabsichtigt sei, eine Forderung zu stellen, aber was gefordert werden soll, hat man uns nicht verraten.

Die Sperre über den Unternehmer Kapp in Nürnberg mußte erfolglos aufgehoben werden. Das ungünstige Resultat haben die „Christlichen“ verschuldet. Am 5. d. Mts. war nur ein christlicher Maurer auf der Waustelle und der Unternehmer hätte noch an demselben Tage dem Verlangen unserer Kollegen entsprechen müssen, wenn nicht fünf christliche Maurer mit drei Hilfsarbeitern die Waustelle zum Mittag besetzt hätten. Diese „Christen“ erlaubten sich nach unseren Kollegen zu sagen, daß sie alle Sperren, die von uns verhängt würden, sei es, um eine Lohnerhöhung zu erzielen, oder vorhandene Mißstände zu beseitigen, daß sie alle diese Sperren verberben würden. Bisher ist in Nürnberg bei den Sperren noch kein indifferentes Kollege zum Streikführer geworden, das blieb den christlich organisierten Arbeitern vorbehalten. Wenn sie unter solchen Umständen von unseren Kollegen nicht allzu sanft begüht werden, so brauchen sie sich nicht zu wundern. Es ist schon öfter ausgesprochen worden: christliche Organisation heißt zu beuch: Streikbrecherorganisation!

Zur Lohnbewegung in Aschaffenburg. Man schreibt uns: Nach mehrjähriger Mühe sind die hiesigen Kollegen im vorigen Jahre wieder zur Erkenntnis gekommen, daß ohne Organisation eine dauernde und gründliche Besserung der Lebensverhältnisse nicht zu erreichen ist. In ganz kurzer Zeit gelang es, selbst in den indifferenteren Kollegen freier Einfluß zu erlangen. Nach kaum einem halben Jahre waren bis Schluß des Jahres 1903 in den Beständen des Zweigvereins Heilich, Weinandschaff und Schweinheim circa 180 Kollegen als Mitglieder für den Verband gewonnen. Jeder freute sich über dieses gute Resultat. Dann plötzlich belam die Sache eine unerwartete Wendung. Bekannt, sich christlich nennende „Führer“, und dazu der christliche Arbeitersekretär Oswald von hier, verachteten die Einigkeit und die Kollegialität zu fördern, indem sie den Kollegen ergriffen, sie müßten sich christlich organisieren. Warum? Das weiß heute eigentlich kein Kollege von hier. Was aber jeder in Aschaffenburg und Umgebung beschäftigte Maurer weiß, ist, daß die geförte Einheit in unserer Bewegung wesentlich die Kraft derselben und die Festigkeit der Aktionen beeinträchtigt hat. Eine zeitlang schien diese erfolgreiche Bewegung in Frage gestellt, und die Unternehmer werden sich nicht wenig gefreut haben über ihre unseufzigen christlichen Bundesgenossen. Aber plötzlich belam die Sache eine andere Wendung, die hiesigen Kollegen befaßten sich auf sich selbst. Den künstlich herbeigeführten Streit mußte jeder als ein recht überflüssiges Ding betrachten, der jede erfolgreiche Lohnbewegung hinderte. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist weiter gestiegen und beträgt momentan fast 200.

Im Januar dieses Jahres haben wir den Unternehmern Lohnforderungen unterbreitet, deren Hauptpunkte darin bestanden: 1. Die Arbeitszeit und Wöhne in vernünftiger Weise zu regeln, und 2. darin, die bekannten Mißstände zu beseitigen, die den Bauarbeiterschuh betreffen. 18 Stundenlohn wurden für ältere als 20 Jahre alte Maurer 45 1/2 gefordert. Am 26. März haben die Unternehmer die eingesandten Anträge beantwortet und sogar in einigen unwesentlichen Punkten einige Verbesserungen beschlossen ab 1. April dieses Jahres. Recht krauerig sind sie in der Lohnfrage, obwohl von 7 Uhr Abends ab (marum nicht von 8 Uhr ab, ist nicht erwähnt?) 20 pSt. Zuschlag gewährt werden soll für Ueberstunden und 60 pSt. für Nacht- und Sonntagsarbeit. Jedem fleißigen und brauchbaren älteren Maurer soll nach freiem Ermessen des Arbeitgebers ein Stundenlohn „bis zu“ 40 1/2 gewährt werden. Eigentlich sind unsere hiesigen Wauunternehmer recht kluge Leute; bisher zahlten sie, was ihnen gerade recht war, und dies möchten die Herren gerne so behalten, damit ihr Geldbeutel nicht zu kurz kommt. Im Sommer haben sie nicht selten 2 bis 3 1/2 mehr gezahlt, sogar 45 1/2 die Stunde an auswärtige Maurer, wenn großer Mangel an Arbeitskräften zu verzeichnen war. Frühjahr, Herbst, und besonders im Winter, konnte man diese teuren Arbeitskräfte nicht; die Löhne gingen herab bis auf 35 1/2 und weniger. Diese Verhältnisse sind den Herren ideal; in aufglatzter, samtweicher Form präsentieren sie nach „freiem Ermessen“ dem „fleißigen und brauchbaren älteren Maurer“ „bis zu“ 40 1/2, und glauben damit, für spätere Zeit auf Kosten der Gesamtheit sich das Leben angenehmer zu machen. Trinkwasser und Urinigeße sollen ebenfalls geliefert werden und Wassertriefel bei Wasserarbeiten. Der Bauarbeiterfuß soll nach ober- und ortspolizeilicher Vorschrift gereinigt werden.

Die hiesigen Kollegen beschäftigt sich am 31. März in Aschaffenburg im „Stift“ in einer stark besuchten Versammlung mit der Zuschrift. Nach recht ernster Beratung wurde beschlossen, den Wauunternehmern mitzuteilen, daß eine Einigung nach der Zuschrift nicht möglich sei. Die im Januar eingesandten Anträge werden den Unternehmern nochmals zur Durchberatung empfohlen, und wird besonders eine andere Regelung des Lohnes betont. Als die zweckmäßigste und leichteste Einigung erkennt die Versammlung die mündliche Unterhandlung an, die ebenfalls empfohlen wird. Die Leitung wird ausdrücklich beauftragt, in diesem Sinne zu wirken. Nunmehr haben die Unternehmer wieder das Wort, um zu zeigen, ob sie ernsthaft für die friedliche Einigkeit zu haben sind. — Unsere Kollegen haben aber die Pflicht, Aufklärung zu schaffen, daß auch der letzte Kollege in Aschaffenburg und Umgebung für die Organisation gewonnen wird.

In Lehrte forderten unsere Kollegen dom 15. April an 40 1/2 Stundenlohn und dom 1. Juli an eine weitere Erhöhung von 2 1/2, ferner wöchentliche Lohnzahlung. Gest werden Löhne von 80 1/2 an bis zu 49 1/2 bezahlt, den höchsten Satz bekommen aber nur zwei Geellen. Der Durchschnittslohn dürfte sich um 37 1/2 bewegen. Wenn die Unternehmer nicht bewilligen, wollen die Maurer in den Streit eintreten. In Kurich wurde die Arbeit am Dienstag voriger Woche eingestellt. Vier Wöhler und vier Geellen sind bei der Arbeit geblieben, daneben haben den Unternehmern noch 2 Bechlinge zur Verfügung. 18 Kollegen sind sofort abgereist.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

„Grundstein“-Bestellung.

Die Zweigvereinsvorstände werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Bestellungen sowie Adressänderungen spätestens bis Dienstag früh in Händen der Expedition sein müssen.

Krankenunterstützung.

Dem Beschluß des Verbandstages zu Berlin 1903 wird vom 1. März d. J. an Unterstützung in Krankheitsfällen gewährt. Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt durch die Zweigvereine auf Anweisung des Verbandsvorstandes.

Für die Erledigung der Geschäfte ist folgendes zu beachten:

1. Anträge auf Krankenunterstützung haben die einzelnen Mitglieder nicht direkt an den Verbandsvorstand, sondern an den Vorstand ihres Zweigvereins zu richten.
2. Die Zweigvereinsvorstände haben die Anträge zu prüfen und festzustellen, ob eine Unterstützungsbedürftigkeit vorliegt, d. h. ob das betreffende Mitglied:

Für Futterale.

Niemegk A. 1, Grünmühlweg 2, Kronach — 50, Gr.-Neuen-
dorf 1, Schopfloch 8, Rodejuch 6, Bodenzen 2,80, Borchdorf 2,
München 20, Chemnitz 6, Regnitz 6, Hörde i. B. 6.

Für Protokolle vom 6. Verbandstag in Mainz.

All-Gleichen A. 8.
Für Statistik von 1900.
All-Gleichen A. 2,50.

Für Broschüre „Das Maurergewerbe in der Statistik“.
Wrid i. d. Wart A. 4.

Für eingebundene Broschüren usw.
Dlesdorf A. 8, Nürnberg (Merke) 1,50, Hamburg (Gart-
weg) 1, Nürnberg (Zweigverein) 6,60, Wiesbaden 2, Chemnitz 7,
Regnitz 1.

Die Zweigvereins-Kassierer resp. Einheber von Geldern
werden ersucht, auf den Postabzählungen genau anzugeben, wofür
das eingekaufte Geld bestimmt ist.

Alle Gelder für die Hauptkasse sind nur an
J. Köster zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet
wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder
zurückgehen muß.

Hamburg, den 11. April 1904.
J. Köster, Hamburg 6, Brennerstr. 11.

Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige
Fortkommenliche findet man sofort an die Redaktion des Jahrs-
organs. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag
Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

„Diese Maurerabrechnung spricht ganze Bände,
sie sollte vor allen Dingen die Arbeiter darüber aufklären, daß
sie bisher die Dummen gewesen sind, welche schlaue
Obergenossen mit ihren wahrheitsgemäß sollen mit ihren
„Dummen“ gemeint sein. Die Redaktion des „Grundstein“
erzählen zum Höchsten verhalten.“

Diesem „Wig“ hat der Vergote für die Grasschaft
Mansfeld zu der letzten Abrechnung unseres Zentralverbandes
Gedacht. Gemacht ist hier eigentlich zu viel gesagt, denn der
„Wig“ hat den jedes Jahr gelegentlich irgend einer Gewerkschafts-
abrechnung wiederkehrenden „Bedenken“ aus irgend
einem anderen Schamacherorgan ausgeföhnt. Doch dies
nur nebenbei.

Der „Vergote“ zitiert einige Zahlen aus der Abrechnung
und versucht daran jene klumpigen Zahlen zu wegen. Besonders
die für Agitation, für den Verbandstag und für Beamtengehälter
berausgabten Summen haben es dem braven „Wig“ angetan,
und er meint daher: „Da müssen ja die Herren Wähler
und er selber wirklich einen guten Tag gelebt
haben.“

„Ja freilich, die „Geher“ und „Wähler“ leben wirklich „einen
guten Tag“. Sollten sie das denn nicht? Wir „Geher“ ver-
langen dies nicht nur für uns und auch nicht bloß auf einen
Tag, sondern nach unserer Forderung sollen alle Menschen
jeden Tag so leben, selbst dem Redakteur des „Vergotes“ in
jeder Grasschaft Mansfeld wollen wir ein gutes Leben gönnen, obwohl
er es mit seiner Schreibe- und Schreibebedürfnis nicht verdient. Leiber
können die Gewerkschaften heute für ihre „Geher“ und „Wähler“
noch nicht so viel aufwenden, daß sie sich ihrer einen „guten Tag“
machen können, wie beispielsweise unsere lieben „Herren Arbeit-
geber“ und die von diesen ausgebotenen Geher und Wähler.
Ermöglicht sie dem „Wig“ gesagt, daß von unseren „Geher“
und „Wählern“ wahrheitsgemäß keiner ein so hohes Einkommen
hat, wie ein Redakteur des „Vergotes“, obwohl sie bedeutend
mehr Arbeit leisten müssen. Unsere Verwaltungsbeamten und
angestellten Agitatoren bekommen kaum so viel Gehalt, als
was besser bezahlte Arbeiter verdienen.

Recht herzlichlich scheint es der „Vergote“ zu empfinden,
daß für „große sozialpolitische Zwecke so gut wie nichts“ ber-
ausgabt worden ist. Der „Wig“ hat als solche Ausgaben
nur M. 28 140 aus unserer Abrechnung herausgefunden, und
zwar zählt er hierfür auf: Redaktions-, Gemeindegeldern, Reise-
und Steuerunterstützung. Hier müssen wir den Redakteur
des „Vergotes“, wenn er die Abrechnung überhaupt gelesen
hat, den Vorwurf machen, daß er recht oberflächlich
gelesen hat. Es sind nämlich für diese Zwecke nicht M. 28 140,
sondern M. 93 476,16 herausgabt worden, und zwar für
Steuerunterstützung M. 37 190, Gemeindegeldernunterstützung
M. 27 087,20, Redaktions- M. 19 140,96 und Reiseunterstützung
im Winter M. 10 058. Der Kritiker unserer Abrechnung hat
nur den Zinssatz im Auge gefaßt, den die Hauptkasse zur Un-
terstützung der Unterfertigung an die Zweigvereinsämter zurüchlandte.

Im übrigen wird der bereichte „Vergote“ uns erlauben,
in bezug auf den Umfang der Sozialpolitik etwas anderer
Meinung als er zu sein. Wir halten nämlich die Unterfertigung
des Streiks zur Erreichung höherer Löhne, Verfertigung der
Arbeitszeit, Verbesserung der Wohnverhältnisse und gegen
die von den Unternehmern oftmals beabsichtigte Verschlechterung
der Arbeitsbedingungen — also die Unterfertigung solcher Streiks
halten wir für eine eminent sozialpolitische Auf-
gabe. Und für die Unterfertigung solcher Streiks ist immerhin
die „Reinigkeit“ von rund M. 820 000 (nicht, wie unser Kritiker
gesehen hat, M. 680 087) ausgegeben worden. — So ist es!
Wir schließen diese kleine Abwehr gegen überwundene Re-
sentenzen unserer Tagesabrechnung mit dem etwas ab-
gemäßigten Schlusssatz des „Vergotes“:

„Diese Maurerabrechnung spricht ganze Bände, sie sollte vor
allen Dingen die Arbeiter darüber aufklären, daß sie es
unbedingt notwendig haben, solche Organi-
sationen auszubauen und zu hegen und zu
pflegen; sie dürfen keinen Tag ungenutzt ver-
streifen lassen, dem Verband alle noch fern-
liegenden Kollegen zuzuföhren.“

Gau Görtlich. (Gaukonferenzbericht) Sonntag,
den 20. März, tagte hier im Saale „Stadt Hamburg“ die
Konferenz des Gaues Görtlich. Die Tagesordnung lautete:
1. Geschäfts- und Kassensbericht des Gauvorstandes, 2. Agi-
tation und Lohnbewegung, 3. Beratung des Gauregulariums,
4. Wahl des Gauvorstandes und der Revisoren.
Zunächst begrüßte der Gauvorstand, Kollege Kupke,
die Delegierten und Gäste und sprach den Wunsch aus, daß

die Verhandlungen der Konferenz zum Nutzen der Organi-
sation gerichten mögen. In das Bureau wurden die Kollegen
Kupke und Koberg-Bunglau als Vorsitzende gewählt. An-
wesend sind 25 Delegierte, welche 20 Orte vertreten. Als
Gäste nahmen an den Verhandlungen teil: als Vertreter
des Hauptverbandes Kollege Wömelburg, vom Gau Berlin
Kollege Silberstein, vom Gau Dresden Kollege Bürger,
vom Gau Breslau Kollege Hübner, als Vertreter der böhm-
mischen Maurer-Kollege Pfeiffer-Reichenberg i. B. Ferner
vom Bauarbeiterverband der Reiter des Gaues Görtlich,
Hartmann, sowie drei Vertreter des Zweigvereins der
Zimmerer.

Beim ersten Punkt verweist Kollege Kupke die An-
wesenden auf den bereits in Nr. 7 des „Grundstein“ er-
lassenen Geschäftsbericht des Gauvorstandes, der jedem
Anwesenden vorliegt. Diesen Bericht ergänzte der Vor-
sitzende in einigen Punkten. Einige Zweigvereine zahlen die
Beiträge recht unregelmäßig. Regelmäßig zahlen: Wunglau,
Wlogau, Grünberg, Regnitz, Neusalz. Die Mitgliederzahl
des Gaues beträgt 1708. Gegen das Vorjahr ein Mehr von
118. Die Fragebogen werden von einigen Zweigvereinen
recht unregelmäßig zurückgeschickt; es ist unbedingt Pflicht
der Zweigvereinsleiter, dieselben gewissenhaft ausgefüllt
zurückzuführen.

In der Diskussion erklärte Kollege Hoffmann-
Neugersdorf i. S., daß ihm die Diäten zu hoch erscheinen,
und wünschte Aufklärung. Der Zweigverein Neugersdorf
habe bisher noch keine Beiträge an den Gau Görtlich abge-
führt, weil die Zahlstelle zu klein sei und kein Geld in der
Kassafasse habe. Kollege Kupke: Keine Beiträge an den
Gau haben abgeführt: Neugersdorf, Gahnau und Weiz-
wasser. Die Beiträge müssen unter allen Umständen an die
Kassafasse abgeführt werden. Die Diäten sind nicht zu hoch,
Fehlgehälter sind für einen halben Tag M. 8, für einen ganzen
Tag M. 6, mit Übernachtung M. 6. Diese Sätze sind aber bis
auf wenige Fälle nicht erhoben worden. Kollege Kupke hat
nur die Diäten so berechnet, wie sie richtig waren. Im übrigen
liegt das Massenbuch zur Orientierung zur Stelle.
Hildebrandt-Gahnau erklärte: Da wir unser Geld
selbst zur Agitation an Orte brauchen, können wir keine
Beiträge abschicken. Wömelburg: Sind Zweigvereine
nicht im stande, auszulommen, so empfiehlt es sich, Zu-
schüsse zu erheben. Zuschüsse seitens des Hauptverbandes
oder der Kassafasse können nicht gegeben werden. Jeder Ver-
ein hat dafür zu sorgen, daß die in seinem Gebiet wohnenden
Maurer organisiert werden. In Gahnau fehlt der richtige
Geist unter den Maurern. Hoffmann: Es ist nicht
so leicht, auf dem Lande zu organisieren, es macht oft schwie-
rige Umstände, auch komme die Konkurrenz der Wöhmern in
Frage: Durch die Erhöhung der Beiträge würde sich die
Mitgliederzahl verringern.

Hildebrandt gibt zu, daß in Gahnau der richtige
Geist fehlt, doch die ganze Tätigkeit für den Verband laufe
auf zwei Mitglieder. Auch beschränke er von der Erhöhung
der Beiträge das Eingehen des Zweigvereins. Müller-
Pittau schloß sich den Ausführungen Wömelburgs an. Auch
Pittau habe die Konkurrenz mit den Wöhmern auszuhalten;
Erfahrungen seien jedoch nicht schlechter zu organisieren als
die deutschen Maurer. Wömelburg: Eine außerordentliche
Agitation, wie Verbebung von Flugblättern, wird vom
Gau bezahlt, nicht aber die kleinen Arbeiter. Die Zweig-
vereine sollten darauf halten, daß sie Geld in den Kassaf-
fassen haben, dann kann auch was geleistet werden, z. B.
kann bei Streiks nach vier Wochen aus der Kassafasse Woh-
nungsmietezuschuß gewährt werden. Gerade in Görtlich
geht es viel zu langsam zu. Ein großer Fehler ist es, wenn
von leitenden Mitgliedern gesagt wird, durch Erhöhung
der Beiträge nehmen die Mitglieder ab. Die Erfahrung
hat gelehrt, daß gerade das Gegenteil der Fall ist. Kupke
glaubte am Anfang, daß alles recht glatt von statten gehen
würde, und daß er alles allein bewältigen könnte, das sei
aber nicht der Fall. Auf Ansuchen des Gauvorstandes müssen
die Zweigvereine bei der Agitation helfen. Für Lohnbewe-
gungen in diesem Jahre kommen in Betracht Regnitz,
Wunglau, Girschberg, Schmiebederg, Pittau. In Wlogau ist
der Lohn von 28 auf 35 $\frac{1}{2}$ erhöht worden. In Schmiebe-
berg ist die Organisation noch zurück; die Girschberger
Kollegen müssen hier mit eingreifen. Desgleichen müssen wir
nach Schreiberberg und Landeburg vordringen. Kuppel kon-
statierte, daß die gegenwärtige Hausagitation von den
Zweigvereinen zur Zufriedenheit gemacht wird. Es ist auch
nötig, 8—9000 Maurer wohnen im Gau 1788 sind erst
organisiert. Da heißt es unermüßlich tätig sein. In
einigen Zweigvereinen bestehen christliche Organisationen,
aber sie werden nie zur Blüte kommen. Auch in unserem
Gau wird es nicht werden.

Lauabdel-Görtlich: Gerade der Punkt Agitation
ist eingehend zu besprechen. Wie schon gesagt, es gibt noch
viel zu tun in unserem Gau. Der Gehalt im Gau be-
trägt 33 $\frac{1}{2}$, die niedrige Arbeitszeit 10 Stunden. Es muß
engstellige Haus- und Wartenagitation betrieben werden.

Der Versammlungsbezug in den Zweigvereinen läßt viel
zu wünschen übrig. Die Versammlungen müssen durch Vor-
träge interessant gemacht werden. Persönliche Streitigkeiten
müssen vermieden werden. In Versammlungen hat man
sich nur in zweckmäßiger Weise zu beschäftigen. Was die
Görtlicher Verhältnisse anbetrifft, so ist erfreuliches nicht zu
berichten. Seit 1899 schloß die Konkurrenz und damit Ab-
gang der Organisation. Ein Teil der Görtlicher Kollegen
muß sich sein Brot anderswärts verdienen. Leiber haben die
Unternehmer die schlechte Lage ausgenutzt zur Herab-
drückung der Löhne. Sollten die Verhältnisse einmal besser
werden, dann muß in Görtlich einmal was geschehen. Der
Lohn muß erhöht, die Arbeitszeit verkürzt werden. Auf
einer Reihe städtischer Bauten, welche in den letzten Jahren
hier ausgeführt wurden, waren die Verhältnisse schlechter
als auf Privatbauten. Wir hatten den Magistrat ersucht,
in die Verträge aufzunehmen, daß der ortsübliche Lohn bei
städtischen Arbeiten gezahlt werde. Wir wurden abfällig
beschieden. Auf eine gleiche Eingabe an die Stadtverordneten
erhielten wir gar keine Antwort. Der christliche Verband
hatte jetzt eine Forderung gestellt von 2 $\frac{1}{2}$ Lohnerhöhung;
aber auch die geringe Forderung wurde abgelehnt. Erst
eine bessere Konjunktur ein, so ist die Zeit für uns ge-
kommen; bis dahin tue jeder seine Pflicht zur Stärkung der
Organisation.

Fogner-Regnitz schildert die Verhältnisse in Reg-
nitz, wo es jedenfalls zum Kampfe kommen wird.

Wömelburg: Es ist nicht zweckmäßig, alle Einzel-
heiten zu besprechen, allgemeine Gesichtspunkte müssen er-
örtert werden. 20 pzt. der Maurer sind erst im Gau Görtlich
organisiert. Mit diesem Prozentsatz steht dieser Gau mit
einigen Bezirken Süddeutschlands und Oberösterreichs auf
tiefster Stelle. Die Möglichkeit, alle zu organisieren, ist vor-
handen, wenn nur der richtige Geist, der feste Wille da ist,
und besonders Görtlich hat dies sehr nötig. Wir haben ein
Interesse daran, daß auch in kleineren Orten die Verhältnisse
bessere werden, denn das hat wieder auf die größeren Städte
guten Einfluß. Es ist standalös, daß im Gau Görtlich noch
Orte sind mit 28 bis 28 $\frac{1}{2}$ Lohn. Auch in Görtlich selbst sind
Arbeitszeit und Lohn trübselig; 38 $\frac{1}{2}$ erhalten nur noch sehr
wenige. Es ist notwendig, daß hier die Organisation ge-
stärkt wird. Wären hier statt 20 pzt. 50 oder mehr, so würde
das einen größeren Einfluß ausüben. Es muß dahin ge-
wirkt werden, daß im Gau Görtlich in keinem kleinen Orte
unter 35 $\frac{1}{2}$ Lohn und in größeren nicht unter 50 $\frac{1}{2}$ ge-
zahlt wird. Es ist eine Schlafmüdigkeit und Vertrauens-
losigkeit eingetriften, die beseitigt werden muß. Man kann
sich bilden, wo man will, nirgends ist es so schlecht wie in
Görtlich. Die Konjunktur ist in Görtlich so schlecht als
nirgends im Gau; doch es kommen wieder andere Zeiten.
Es müssen bessere Verhältnisse eintreten; was in anderen
Gegenden möglich ist, muß auch im Gau Görtlich möglich
sein.

Pfeiffer-Reichenberg i. B.: Es gereicht mir zur
besonderen Freude, daß sich an den Verhandlungen teilnehmen
kann. Es ist das erste Mal bei deutschen Kollegen. Wir
müssen lernen von der deutschen Organisation. Es hat lange
bei uns gedauert, ehe wir unsere Agitation entfalten
konnten, doch nun ist es gelungen, in vielen Orten Orts-
gruppen zu bilden. In Reichenberg sind 200 Organisierte,
vor vier Jahren waren es nur 20 bis 25. Es hat sich jetzt
in Nordböhmen eine achtunggebende Organisation gebildet.
Deutschland hat viel zu leiden gehabt von den Wöhmern,
aber es werden in Zukunft nicht mehr so viel Streikbrecher
nach Deutschland hereinlommen, dafür wollen wir sorgen.
Es besteht ein inniges Zusammenarbeiten mit dem Gau
Görtlich. Wenn unsere Güße einmal in Anspruch genommen
werden sollte, so werden wir nicht säumen, sondern zur
Stelle sein.

Müller-Pittau: Wohl ist es noch traurig im Gau
Görtlich, doch scheint eine Wendung zum Besseren einzu-
treten. Wir hoffen, daß wir jetzt Erfolge erzielen werden.

Lauabdel-Gahnau: Der vorjährige Streik hat uns
nichts geschadet. Was wir im vorigen Jahre nicht durch den
Streik erreichten, hoffen wir in diesem Jahre im guten zu
erreichen. Die Unternehmer sind dieses Jahr sehr entgegen-
kommend, 34 $\frac{1}{2}$ sind uns schon bewilligt worden. Der Ver-
band hat durch den Streik Mitglieder nicht verloren. Wohl
sind 19 Streikbrecher ausgesprochen worden, aber sie müßten
gar zu gern wieder bei uns sein, wenn wir sie nur auf-
nehmen wollten, aber das tun wir nicht; erst mögen sie
sich bessern.

Wömelburg: Die Wunglauer Unternehmer sind
sehr klein geworden und ungeheuer feillich; das sind Er-
folge des Streiks. In diesem Beispiel sieht man wieder ein-
mal, daß man nach einem verlorenen Streik die Hoffnung
nicht gleich aufgeben darf. Die Wunglauer Kollegen haben
es verstanden, den Kampf zu führen; sie haben die Finte
nicht ins Korn geworfen, da der Streik verloren ging, son-
dern sie sagten sich: nun, wenn diesmal nicht, dann das
nächste Jahr gleich wieder, und so muß es gemacht werden.
Das Gegenteil war in Görtlich zu beobachten, es war die
reine Fahrenflucht. Mainz hat im vorigen Jahre einen
heftigen Kampf geführt; sie haben dieses Frühjahr wieder
eine Forderung gestellt, sie ist aber abgelehnt worden mit
der Motivierung: wir können nichts bewilligen infolge zu
großer Verluste beim vorjährigen Streik. Es ist ja die
reine Finte von den Unternehmern, daß sie es uns ver-
raten, wie sie geschlagen worden sind. Was die Beitrags-
frage anbetrifft, so denken wir nicht daran, dieselbe zu er-
höhen, wir haben ja einen so hülflosen Apparat; der Beitrag
ist gleich einem Stundenlohn. Steigt nun der Stundenlohn
um 5 $\frac{1}{2}$, nun, so nehmen wir auch einen fünfser mehr Bei-
trag. Das Hauptkassenvermögen beträgt M. 1200 000. Unser
gesamtes Verbandsvermögen M. 1700 000. Davon soll aber
nichts abgehen, im Gegenteil, es soll alle Jahre so weiten
gehen. Wenn die Unternehmer alle Jahre sehen, daß die
Mitglieder zunehmen, die Finanzen immer besser werden,
so müssen sie sich endlich sagen, die Kette wird doch nicht
heingekriegen. Sorgt dafür, daß Leben in den Gau Görtlich
kommt; es ist kein Fehler, wenn ich sage, dieses Jahr müssen
1000 neue Mitglieder im Gau Görtlich gewonnen werden,
und viel festem Willen sind sie zu holen. Die Maurer, Zim-
merer und Bauarbeiter haben sich in der Agitation gegen-
seitig zu unterstützen. Die Unternehmer werden uns noch
in harte Kämpfe bereiten; da müssen wir die Feuerprobe
bestehen. Wir müssen die Mitglieder dazu erziehen, für solche
Fälle gerüstet zu sein; aktionsfähig müssen wir sein und
bleiben.

Wurke: Kollege Wömelburg hat im Punkt Lohnbewe-
gung alles so ausführlich besandelt, daß sich nichts mehr
anzufügen läßt. Sorgen wir dafür, daß wir in dieses
Jahre, das er mit vollen Händen ausgeht, mit den
nötigen Hindernissen hineinlegen, dann werden auch wir vor-
wärts kommen.

Es folgt nun die Beratung des Gauregulariums.
Griepauf wird das Gehalt des Gauvorstandes gemäß
dem Wunsch des Verbandstages auf monatlich M. 150 gegen
eine Stimme erhöht. Auch werden ihm im Jahre acht Tage
Ferien bewilligt. In den Gauvorstand werden die bis-
herigen Kollegen wiedergewählt, und zwar als Gau-
vorstand Kupke, als Kassierer Redwitzer, als Schrift-
führer Taubadel.

Kupke ermahnte zum Schluß die Delegierten, das
heute Verhandelnde auch gut zu verwerten und vor allem
nicht zu vergessen, die neuen 1000 Mitglieder anzunehmen.
Daß dies notwendig ist, haben die heutigen Verhandlungen
ergeben. Nun wir alle unsere Pflicht, und der Erfolg wird
nicht ausbleiben.

Berlin. Die Zahlstelle Weichensee hielt am 29. März
eine von 77 Kollegen besuchte Mitgliederversammlung ab.
Zunächst wurde das Statut ausgeschrieben. Sodann wurde die
Wahl des Zweigvereinsvorstandes vorgenommen. Hierauf

hieß Genosse Riede einen Vortrag über Konsumgenossenschaften. Der Kassenbericht wurde nach kurzer Debatte genehmigt und dann die Versammlung geschlossen.

Berlin. Sonntag, den 27. März, fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Kollege Albert Schmidt ergriffte das Wort über die Konsumgenossenschaften. Er erklärte, dass die Versammlung, die zur Baubaukontrolle bestimmt werden, einen einheitlichen Stundenlohn von 70 3 erhalten. Der Vorsitzende ergriffte die Kollegen, sämtliche Bauten aufs genaueste zu kontrollieren. Ueber die Meister referierte Kollege Giese. Da noch eine Versammlung vor dem 1. Mai stattfinden soll die Feiern in dieser Versammlung noch genauer besprochen werden. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Köln. Am zweiten Oftertag fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Nachdem sich zwei Kollegen hatten aufnehmen lassen und der Beitrag erhoben worden war, kam die Lohnfrage zur Beratung. Beschlüssig haben die hiesigen Maurer im vergangenen Jahre einen Stundenlohn von 35 3 gefordert, und als die Forderung nicht bewilligt wurde, 18 Wochen gestreikt, ohne etwas zu erreichen. In diesem Frühjahr ist nun die Forderung von neuem erhoben, worauf die Unternehmer in der Woche vor Oftern sich bereit erklärt haben, von jetzt an 34 3 zahlen zu wollen. Es wurde in der Versammlung beschlossen, den Unternehmern schriftlich mitzuteilen, daß wir das Angebot annehmen, wenn sie uns vom 15. April 1905 an 35 3 bewilligen. Die Antwort wird innerhalb 14 Tagen erwünscht. Die Kollegen werden ersucht, am 1. Mai sämtlich in der Versammlung zu erscheinen, damit wir geschlossenen Mann an Mann dastehen. Da die Arbeitslosigkeit in diesem Jahre gut ist, werden wir wohl unsere Forderung durchsetzen.

Dortmund. Hier fand am 31. März im „Röhlischen Hof“ eine von unserer Seite einberufene und außerordentlich stark besuchte öffentliche Maurerverammlung statt, welche sich hauptsächlich mit der Stellungnahme zu der bevorstehenden Lohnherabsetzung und Verfüzung der Arbeitszeit beschäftigte. Kollege Kahl hielt das einleitende Referat und wies darauf hin, daß die Dortmunder Kollegen gewissermaßen vor einem Wendepunkte ihrer Bewegung ständen. Um dies näher zu begründen, wies er einen kurzen Rückblick auf die bisherige Bewegung der Maurer hier am Orte und zeigte so, daß die Dortmunder Kollegen das erste Mal das Glück hatten, eine wesentliche Verbesserung ihrer Löhne und der Arbeitszeit zu erreichen, ohne in einen Streik einzutreten, und daß dies nur auf die Macht der Organisation zurückzuführen ließe. Da sich diese gerade im letzten Jahre besonders günstig entwickelt hatte, wies er darauf hin, daß die Kollegen, unbedingt an dem festhalten, was die Innung bewilligt habe, und dafür zu sorgen, daß in erster Linie die zehnstündige Arbeitszeit streng eingehalten wird, und daß sich die Kollegen das Wort geschlossen, welches in dem von der Innung abgefaßten Schriftstück vorkommt, nicht anders deuten sollen, als daß die Innung sich damit verpflichtet, keinen höheren Lohn als 50 3 zu zahlen, daß aber sonst der Lohn von 50 3 jedem Maurer gezahlt werden muß. Dagegen wies er darauf hin, daß die Versammlung mit diesen Ausführungen einverstanden war. In der Diskussion sprachen sich noch mehrere Kollegen in demselben Sinne aus und appellierten an das Solidaritätsgefühl der Kollegen; auch teilten einige Kollegen zahlenmäßig nach, daß durch die immer mehr verfürzte Arbeitszeit auch der Lohn der Maurer trotz der verschiedenen Jahreszeiten ein gleichmäßigerer wird. Beim zweiten Punkt gab der Kollege Widlans die in den letzten Tagen ausgenommene Statistik bekannt. Nach dieser Statistik waren im ganzen 69 Unternehmer hier am Orte, welche zusammen 157 Bauten ausführen. Von diesen 157 Bauten waren 28 Umbauten, 25 wurden noch ausgeschachtet, 12 Bauten waren ins zum Stellen fertiggestellt, bis zur ersten Etage 7, bis zur zweiten Etage 10, bis zur dritten Etage 14, und mauerfertig waren 10 Bauten. Im Fuß befanden sich 21 und im Dachstuhl 22 Bauten. Auf diesen genannten Bauten arbeiteten insgesamt 80 Polierer, 975 Gesellen, 22 Lehrlinge und 561 Bauarbeiter. Davon waren 527 Maurer im Zentralverband und 276 im christlichen organisiert, während noch 172 Maurer keiner Organisation angehörten. Von den Bauarbeitern waren 191 organisiert. Soweit die Arbeitszeit nachrichtig ermittelt werden konnte, betrug dieselbe auf 59 Stellen 10 Stunden, auf 20 Stellen 10 1/2 und auf 2 Stellen 11 Stunden. Auf der letzteren arbeiteten gar keine oder nur ganz vereinzelte organisierte Kollegen. Der Lohn betrug für 23 Kollegen 50 3, für 80 48 3, für 704 47 3, für 33 46 3, für 115 45 3, für 17 44 3, und für 3 43 3. Somit betrug der durchschnittliche Stundenlohn 46,82 3. Im Hinblick hieran wies der Kollege Widlans darauf hin, daß der durchschnittliche Stundenlohn nur 0,18 3 unter dem jetzigen Stundenlohn von 47 3 stand, während der Unterschied in früherer Jahren 2 bis 3 3 betrug. Kollege Widlans forderte die Kollegen auf, dafür Sorge zu tragen, daß dieser Unterschied in Zukunft bei dem Stundenlohn von 50 3 immer mehr vergrößert werde. Ferner wies er darauf hin, daß in Dortmund noch 172 Kollegen zu organisieren sind, was in aller nächster Zeit geschehen müßte. Dies sei Pflicht aller Kollegen. Wir wollen nicht still stehen bleiben mit dem, was wir errungen haben, nein; wir wollen das sei auch die Lösung der Dortmunder Kollegen. Hierauf schloß der Vorsitzende mit einem begeisterten aufgenommenen dreifachen Hoch auf die hiesige freie Maurerbewegung die imposante Versammlung. Am Schluß ließen sich noch eine Anzahl Kollegen aufnehmen.

Düsseldorf. Eine öffentliche Maurerverammlung tagte Montag, den 28. März, im Gewerkschaftssaal, welche sich mit dem letzten beiden Baueinrichtungen beschäftigte. Kollege Dünz als Vorsitzender ging zunächst auf die Bauverfahren im allgemeinen ein und schloß insbesondere das heutige System der Strommänner, die gezwungen sind, möglichst viel Arbeit in kurzer Zeit herzustellen, und wegen Mangel an Geld an allen Ecken und Enden sparen. So sei es sehr leicht erklärlich, wenn die Bauten nicht so ausgeführt würden, wie es die Baupolizeibehörde vorschreibt. Dazu komme noch das intensive Arbeiten auf den Bauten. In seiner Rede werde es gewünscht wie in Düsseldorf, Redner ist der Ansicht, die Baubaukontrollen hätten ihre Pflicht nicht in genügender Weise erfüllt. Die Einführung in der Merowingerstraße wie in der Woringerstraße werde die Behörde

abhängen, ihr Augenmerk auf eine solide Ausführung der Bauten zu richten. Dieses sei offenbar bisher nicht in genügender Weise geschehen. In der hierauf folgenden Diskussion unterzog zunächst Kollege Lüber die Schuppenarbeit und die hieraus entzündenden Unfälle einer scharfen Kritik. Oft würden auch die wirklich Schuldigen bei derartigen Einwirkungen nicht ermittelt; die Strafen für derartige Vergehen seien durchaus viel zu gering. Wärdern nur die baupolizeilichen Vorschriften innegehalten, es könnten derartige Fälle ganz gut vermieden werden. Auch seien zu streng kontrollieren vorhanden, um die Bauten vorzugsweise mäßig zu kontrollieren. In dem Interesse der Arbeiter und späteren Bewohner der Häuser notwendig sei. Kollege Heide betonte, das Material, welches auf dem Bau in der Merowingerstraße verarbeitet worden, sei so schlecht gewesen, daß man sich über den Einfluß nicht zu wundern brauche. Der Giebel, 52 cm Stärke bezog vier Metern von 18 cm Stärke, welche nebeneinander aufgeführt sind; das beweisen die jetzt bestehenden Risse, die in der Mauer vorhanden sind. Die städtischen Kontrolloren haben nicht nur die Pflicht, das Material auf den städtischen Bauten zu untersuchen, sondern dieses müsse auch auf Privatbauten geschehen. Kollege Glasmacher, der auf dem Bau gearbeitet hat, führt an, daß auf dem Bau in der Merowingerstraße Handlanger als Maurer für 42 3 Stundenlohn beschäftigt waren und daß ein Pfeiler vorzugsweise mäßig mit Zement und Sand ausgefüllt worden sei, jedoch habe man nicht allein Kieslamm, sondern Mutterboden mit sehr ähnllich feinem Sand dazu verwendet. Auf Anordnung eines städtischen Kontrollors sollte dieser Pfeiler abgebrochen werden, was jedoch nicht geschehen ist. Auch hat man Schutz vor den Scheitelflächen auftragen lassen und diesen als Mauerland benutzt. Es sei noch erwähnt, daß Herr Bartel, erster Polier, ebenfalls vor 14 Tage auf dem Bau gearbeitet hat. Merkwürdigerweise hat der Unternehmer Bartel der Mutter des geordneten Arbeiters A 1500 als Abfindungssumme angeboten, worauf die Frau sich jedoch nicht eingelassen hat. In der weiteren Diskussion wurden noch verschiedene Wünsche auf anderen Bauten zur Sprache gebracht, die der Behörde wohl Berücksichtigung geben werden, da wo es notwendig ist, einzugreifen. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die am 28. März im Gewerkschaftssaal tagende öffentliche Maurerverammlung protestiert gegen eine Entscheidung gegen die miserabile Ausführung der Bauten. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Baueinrichtungen ganz gut vermieden werden können, wenn die Baupolizei eine strengere Kontrolle der Bauten, durch wirtliche Arbeiterkontrolloren vorsehen lassen würde. Der Baueinrichtung in der Merowingerstraße, Unternehmer Bartel, ist nur auf das schlechte Material, das auf demselben verarbeitet wurde, zurückzuführen, durch Zusatz von schlechtem Sand. Der Mutterboden sehr ähnllich feinst, verlor der Mauer ein Bandkraft, auch konnte das Mauerwerk, welches größtenteils mit Biegesteinstücken ausgefüllt wurde, was man an dem Stützgebäude Giebel noch sehen kann, die Last, die es zu tragen hat, nicht ausfallen, mußte also zusammenfallen. Wir erwarten, daß die Baubehörde den Baugrund genau untersuchen wird und fordern die Behörde auf, uns mitzuteilen, aus welchen Gründen der Bau zusammengefallen ist. Ferner fordern wir die Behörde nochmals auf, Baubaukontrolloren aus den Reihen der Arbeitnehmer anzustellen, weil die praktisch gebildeten Arbeiter die sicherste Gewähr bieten, Baueinrichtungen sowie schwere Baufälle zu verhindern.

Stille. Die hier beschäftigten Maurer überrannten ihre Unternehmer kurz vor Oftern plötzlich mit einer Lohnforderung. Das plötzliche Aufstehen einer Lohnbewegung hatte die Unternehmer so perplex gemacht, daß sie dem ersten Ansturm nachgaben und die Forderung fast vollständig bewilligten. Den Verhandlungsmittlern muß aber auch das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie sich der Sache mit regem Eifer und großer Energie angenommen haben. Gefordert wurde in der Hauptsache die Einführung der zehnstündigen statt der bisher elfstündigen Arbeitszeit und Erhöhung des Stundenlohnes auf 42 3, bisher 34 und 35 3. Vereinbart wurde sofortige Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und für Wärdere Gesellen ein Stundenlohn von 40 3, für solche, die sich im ersten, zweiten und dritten Gesellenjahre befinden, 33, 35 und 38 3. Ferner soll an den Tagen vor den hohen Feiertagen um 4 Uhr Feierabend sein, ohne daß ein Lohnabzug gestattet ist. Für Leberstunden soll ein Zuschlag von 10 3, für Sonntags- und gesundheits-schädliche Arbeiten ein solcher von 20 3 gezahlt werden. Außerdem erkennen die Unternehmer die Gesellenorganisationen in aller Form an und verpflichten sich, auf den Bauten Bauhöfen und Aborte zu errichten und für strenge Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften Sorge zu tragen. Es ist also ein achtbarer Erfolg, den die Gesellen durch ihre Organisation errungen haben. Öffentlich ist damit auch die Grundlage geschaffen, die Organisation endgültig zu befestigen. Möge der schnelle Erfolg auf die übrigen Teile des Rheinlandes anregend wirken, damit dort ähnliche Fortschritte gemacht werden.

Essen. Mittwoch, den 20. März, fand hier eine öffentliche Maurerverammlung statt, die von etwa 400 Maurern besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag über Verfürzung der Arbeitszeit; 2. Organisationsfragen; 3. Verfürzung der Arbeitszeit. Zum ersten Punkt ergriff Herr Arbeitersekretär Simper das Wort. Redner wies im allgemeinen auf den Wert der kurzen Arbeitszeit hin. Dagegen sei die Tendenz des Unternehmertums lange Arbeitszeit und niedrige Löhne. Dem Unternehmertum sei die Gesundheitserschütterung ganzer Generationen gleichgültig. Eine Verfürzung der Arbeitszeit sei unbedingt notwendig. Eine Verfürzung nur deshalb, weil durch die Verfürzung der Arbeitszeit dem Arbeiter mehr Gelegenheit geboten wird, sich geistig zu entwickeln, sich seiner Familie, der Erziehung seiner Kinder usw. mehr widmen zu können, sondern auch deshalb ist die Verfürzung der Arbeitszeit notwendig, um die durch zu lange Arbeitszeit entstehende irrtümliche Missetzungen möglichst zu verringern. Mit der Verfürzung der Arbeitszeit steigt auch gleichzeitig die Leistungsfähigkeit der Arbeiter. In der englischen Textilindustrie sei der Berufsstandtag schon seit 1850 gesetzlich eingeführt. Ein jeder Arbeiter müsse sich die Frage vorlegen, wie sich die herrschende Staatsgewalt, die Behörde usw. zu den Forderungen der Arbeiter stellt, da wird man zu der Überzeugung kommen, daß die Gesetzgebung in Bezug auf die Verfürzung der Arbeitszeit ihre Pflicht nicht tut. Die Ausführungen des Referenten wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Zum zweiten Punkt befragte Kollege Lüber, daß der Kampf vom vorigen Jahre sein Ende noch nicht erreicht habe. Nach Verlesen derjenigen Unternehmer, die an unserem Arbeitsvertrag gebunden sind, wies er darauf hin, daß bei denjenigen Unternehmern, welche den Vertrag nicht unterschrieben haben, unter keinen Umständen anders als zu dem im Vertrag festgelegten Bedingungen gearbeitet werden dürfe. Auffallend sei, daß die Mitgliederzahl des Arbeitgeberverbandes hier am Orte von 80 im vorigen Jahre jetzt auf 64 geliegen sei. Sogar der im vorigen Jahre noch von den übrigen Unternehmern als Wärdereinnehmer titulierte Unternehmer Götte, ebenso der Unternehmer Wein, welcher Kaufmann sein soll, gehören jetzt dem Arbeitgeberverband an. Deshalb sei es umso mehr unsere Pflicht, mit aller Kraft an dem Ausbau unserer Organisation zu arbeiten und darauf zu achten, daß unser Vertrag strikte zur Durchführung gelangt. Ebenso soll der Firma Krupp der Zutritt unterbreitet werden. Bei Verfürzung der Sperre über den Bauunternehmer Weiffel haben unsere Kollegen die Arbeitsstätte sofort verlassen, dahingegen haben ein „Christlicher“ und zwei Unbefristete weiter gearbeitet. Auf Antrag des Kollegen J. Eckart wurde beschlossen, eine Eingabe an die Stadtverwaltung zu richten, um für die Zutritt nur an Solche Unternehmer städtische Arbeiten zu vergeben, welche unseren Forderungen entsprechen. Kollege Bohn wies auf die Lohnbewegung der Baubauarbeiter hin und betonte, daß es Pflicht der Kollegen sei, der Organisation der Baubauarbeiter mit ausbauen zu helfen. Nachdem noch ein Kollege darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Firma Weiffel & Ringelstein ein „Christlicher“ mit 81 3 pro Stunde entlohnt worden, vorläufig auf sein Verbandszuge vorhanden und die Baubau viel zu klein ist, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband geschlossen. Das Bureau des Zweigvereins ist Westfälische Str. 10.

Nein-Räthen. Montag, den 4. April, fand hier eine Mitgliederversammlung statt, die zunächst den Kollegen Andreas Wed als Vertrauensmann wählte, da der bisherige Inhaber dieses Postens nach Berlin bezogen ist. Bezüglich der Lohnfrage wurde beschlossen, eine Deputation an die Unternehmer zu senden und wegen dieser Angelegenheit am 17. April eine öffentliche Maurerverammlung abzuhalten.

Leipzig. Die am 6. April im „Pantheon“ tagende Versammlung der Leipziger Maurer nahm zunächst den Bericht der Kommission über den neu abzuschließenden Vertrag entgegen. Die Kommission der Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben folgende Vereinbarung vorberührt, die Zustimmung ihrer Mandatgeber getroffen: Es sind vom 1. Juli 1904 ab 58 3, und vom 1. Mai 1905 bis 31. März 1907 60 3 Stundenlohn zu zahlen. Weid. Kommissionen erklärten gegenständig, diesem Vertrag bei ihren Mandatgebern zur Annahme zu bestehen. Die Kommissionenmitglieder Jacob, Verthold und Quasdorff gaben sich auch unter Hinweis auf alle die Nebenumstände, die bei jedem Streik zu beobachten sind, die größte Mühe, den Vertrag zur Annahme zu bringen, jedoch vergeblich. Der Vertrag wurde gegen vier Stimmen von circa 2500 Kollegen abgelehnt. Einen entgegengegesetzten Standpunkt vertrat die Kommissionistisches Kollege Anders sowie 11 Kollegen, die sich an der sachlich gehaltenen Debatte beteiligten. Sämtliche Redner sind der Meinung, daß mit dem Lohn von 55 3, den die Leipziger Maurer seit 1897 erhalten, nicht mehr auszukommen ist. Seit dieser Zeit sind die Miet- und Lebensmittelpreise sowie die Steuern gewachsen. Das Durchschnittseinkommen eines Maurers beträgt höchstens H 900 bis H 1000 pro Jahr. Der Maurer muß sich der heutigen intensiven Arbeit entsprechend nähren um leistungsfähig zu bleiben. Aus allen diesen berechtigten Gründen konnten sich die Maurer mit dem Angebot der Kommission nicht einverstanden erklären. Kollege Wusch stellte folgenden Antrag: Für die Zeit vom 1. Mai 1904 ab 58 3, vom 1. April 1905 ab 60 3, und vom 1. April 1906 ab 65 3 Stundenlohn zu fordern und die Regelung des Lohnstarifes der Bauhandarbeiter mit den Unternehmern zu bedingen. Dieser Antrag wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Dann wurde den Verhandlungsmitgliedern in Erinnerung gebracht, daß die Bauhandarbeiter der Unternehmer Liesleben und Maries gesperrt zu werden sind. Auch wurde ergriffen, daß nun endlich jeder Leipziger Maurer Abonent der „Leipziger Volkszeitung“ wird.

Oldesloe. Sonnabend, 9. April, fand in der Gastwirtschaft der W. Schulte eine öffentliche Maurerverammlung statt, um Stellung zu dem Streik der Zimmerer zu nehmen. Da von den Maurern dieselbe Forderung gestellt worden ist, um die die Zimmerer streiten, eine Antwort auf diesen von den Unternehmern nicht angegangen ist, so beschloß die Versammlung, die Unternehmer nochmals an dieselbe zu erinnern und bis zum 20. April Antwort zu verlangen, widrigenfalls ebenfalls die Arbeit niedergelegt werden wird.

Wittenberg. Am 3. April fand hier eine öffentliche Maurerverammlung statt, die ziemlich gut besucht war. Sieben Kollegen wurden vorher aufgenommen, sechs in der Versammlung. Als Referent war Kollege Stolte-Ettigart erschienen, der den Kollegen in ausführlicher Weise die Notwendigkeit der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen auseinandersetzte; seine Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen; zur Diskussion meldete sich niemand. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen ermächtigt hatte, die Versammlungen, die jeden ersten Sonntag im Monat stattfinden, gut zu besuchen, auch die Beiträge pünktlich zu bezahlen, schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Wittenberge. Am 5. April hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die aber ausnahmsweise nur sehr schwach besucht war. Es waren nur 17 Kollegen anwesend, welches von dem Vorsitzenden scharf gerügt wurde. Im zweiten Punkt legte der Vorsitzende den Plan zur Feier des 1. Mai dar, wie er im Gewerkschaftsartell ausgearbeitet worden ist. Es konnte aber keine Stellung dazu genommen werden, weil die Versammlung zu schwach besucht war, daher wurde der Punkt zur nächsten Versammlung verschoben. Der Punkt 3, Regelung der Angelegenheit des Kollegen Sträger, wurde kurz erledigt, indem der Versammlung kundgetan wurde, daß die vom Kollegen

Strüger eingelebte Ehrenklärung an die Expedition des Grundstein nicht aufgenommen worden ist. Kollege Schöner hat dann mündlich in der Versammlung seine Meinung über das bisherige Betragen ausgesprochen und angelehrt, daß er ferner ein treues und braves Mitglied sein und die Versammlungen regelmäßig besuchen werde. Dagegen wurde aber das Verhalten der Kollegen Reichel und Göwe scharf kritisiert, die hier ebenfalls auf dem Neubau der Eingangs- und Kaminmaschinenfabrik arbeiten und als sogenannte Wispelpolier oder Kreiber angelehrt sind, sich aber den übrigen Kollegen gegenüber als gut organisierte Arbeiter ihrer Kollegen ausgeben, dabei aber aus aller Herren Länder hierhergeschickt sind. Ihr Buch bekommt niemand zu sehen, und sie haben es auch nicht der Mühe wert gehalten, sich beim Kassierer anzumelden. Wenn sie von anderen Kollegen aufmerksam gemacht werden, schimpfen sie ihnen einfach vor, ja es ist alles in Ordnung, und dabei weiß der Kassierer von nichts. Der Reichel ist nun von hier abgezogen, ohne sich hier anzumelden. Mögen alle Kollegen, die das Glück haben, mit ihm zusammenzukommen, dazu beitragen, daß er sich bessert. Im Punkt Reichel'schen wurde noch vom Kollegen Schmidt in Anregung gebracht, daß unter Preisverein in diesem Jahre zehn Jahre besteht, die Stellungnahme zum Stiftungsfest nächstens mal mit auf die Tagesordnung zu setzen. Hierauf folgte Schluß der Versammlung.

Titian. Am 30. März fand im „Häusergarten“ ein öffentliche Mauerer-Versammlung statt. Der Zweck derselben war außerordentlich wichtig. Infolge dessen mußten viele Kollegen wegen Platzmangel umkehren. Die Tagesordnung lautete: Stellungnahme der Unternehmer zu unserer Lohnforderung. Die hiesigen Innungsmeister und Unternehmer haben bis jetzt auf die im Versteck an sie gerichtete schriftliche Aufforderung, mit der von der damaligen Versammlung gewählten Kommission in Unterhandlung zu treten, noch nicht geantwortet. Augenfeindlich hatten sie uns nicht ernst genommen. Sie dachten, unsere Organisation mit einem Schlag zu vernichten, indem sie beschloßen, hin und wieder einige Kollegen auszusperren. Sie dachten, die große Masse fürchtam zu machen, wenn sie einige „Schere“ unabsichtlich machten. Gerade das Gegenteil war der Fall, die Viden wurden immer wieder von Verbandskollegen befehlt. Die Gemahregelten fanden immer wieder Beschäftigung und trachten mit doppeltem Eifer für die gerade Sache: fünf Mann ergriffen das Säulenpaar und über 40 liegen sich neu aufnehmen. Auch eine große Anzahl böhmischer Kollegen sind dem Verbands beigesetzt. Dies schloß dem Haß den Boden ein. Auf sie hatten die Unternehmer so große Hoffnungen gesetzt, und nun sehen sie mit Schrecken, daß sie aus ganz anderem Holz geschnitten sind, als sie dachten. Nun ging es der Kommission an den Fragen, indem der eine plötzlich entlassen wurde, nachdem er viele Jahre sich bei dem betreffenden Meister als tüchtiger Arbeiter bewährt hatte. Dem zweiten ging's weit schlimmer; ihm ist es beinahe unmöglich gemacht worden, Arbeit zu bekommen. Trotz alledem muß konstatiert werden, daß die Haltung der Kollegen eine vorzügliche ist. Dies zeigte ja am besten die Versammlung, in der sich eine lebhaft Diskussion entspann. Es wurde einstimmig beschlossen, unsere Forderung vom Herbst 1903 zu wiederholen und in einem Exemplar an den Obermeister der Innung gelangen zu lassen. Wie die Sachen jetzt liegen, muß es zum Konflikt kommen, da eine friedliche Lösung an dem unwilligen Verhalten der Unternehmer scheitert. Wenn sie nur das geringste entgegenkommen zeigen, wäre ein für beide Teile zufriedenstellendes Resultat herbeizuführen. Wir werden alles versuchen, in Frieden etwas zu erreichen. Dann erst werden wir zum letzten Mittel greifen.

C. Abschluß der Jahresrechnung. De-Gesamteinnahme betr. M. 11229,98 Gesamtausgabe M. 9524,76

D. Vermögensveränderung. Das Vermögen (ohne den baren Bestand) am Schluß des Vorjahres M. 44117,97 Im Laufe des Jahres wurden belegt bei Sparkasse 8000,-

Die Nettoeinnahmen pro 1903 M. 9664,98 Die Nettoausgaben pro 1903 5000,02 Ergibt eine Mehreinnahme pro 1903 von M. 4664,96

Altona, den 18. März 1904. C. Reih, Kassierer.

Vom Bau. Unfälle, Arbeiterlohn, Submissionen etc.

Die Arbeiterlohnbestrebungen werden dringend eruchtet, aber alle in ihrem Besitz befindlichen Unfälle, mit kurzer Anführung der Begebenheiten und der in letzteren Folgen, umgeben an den „Grundstein“ zu berichten. Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Verlauf von Arbeiterlohnbestrebungen und über Submissionsergebnisse.

Golderski. Dienstag, den 29. März, Nachmittags gegen 2 Uhr, stürzte auf dem Brauereineubau Mensch, Ingenieur-Maurermeister Witte, ein Putzgerüst zusammen, wobei vier Kollegen und ein Arbeiter zum Teil schwer verletzt wurden.

Sundsbürg. Am 6. April stürzte dem Kollegen Ernst Müller aus Adendorf ein Fallstaken auf den Fuß, wodurch ihm eine Bege gequetscht wurde, so daß er die Arbeit verlassen mußte.

Einbau (Wodensee). Die bayerische Baugewerkschaft hat natürlich auch Unfallverhütungsvorschriften herausgegeben, aber befolgt werden sie von den meisten hiesigen Unternehmern nicht. Den meisten Arbeitern sind die Vorschriften übrigens unbekannt, da sie nur auf wenigen Plätzen ausgehängt sind.

Zentralkrankenkasse. (Grundstein zur Einzigkeit.)

In der Woche vom 3. bis 9. April sind folgende Beträge eingegangen: Schmerin I. M. 250, Garburg 900, Blau (Gabel) 100, Rehdorf 100, Friedland 100, Hamburg-Spendordl 100, Neubrandorfer 80, Langendorfer 38,89, Eggensfeldt 33,23. Summa M. 1001,92.

Zufüsse erhielten: Hamburg M. 500, Spandau 300, Gehmburg 200, Pima 200, Heibronn 150, Gulow 150, Leipzig 150, Quedlinburg 100, Spittsweller 90. Summa M. 1840.

Berichtigung. In Nr. 14 des „Grundstein“ unter Zufüsse erhalten muß es heißen: W. Anker I. W. M. 200, Van Widen I. W. Altona, den 9. April 1904. Karl Reih, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Sterckasse „Grundstein zur Einzigkeit“ Jahresrechnung für 1903.

A. Einnahmen. Vorer-Kassenbestand am Schluß des Vorjahres M. 195,69 Beiträge in der 1. Klasse M. 757,15

B. Ausgaben. An Sterbebeerdigung in der 1. Klasse (25 Fälle) M. 3250,- Beiträge in der 2. Klasse M. 440,-

Der Arbeiterlohn wird in der Regel durch die Unternehmer nicht ernst genommen. Sie dachten, unsere Organisation mit einem Schlag zu vernichten, indem sie beschloßen, hin und wieder einige Kollegen auszusperren.

Die bayerische Baugewerkschaft hat natürlich auch Unfallverhütungsvorschriften herausgegeben, aber befolgt werden sie von den meisten hiesigen Unternehmern nicht.

Die bayerische Baugewerkschaft hat natürlich auch Unfallverhütungsvorschriften herausgegeben, aber befolgt werden sie von den meisten hiesigen Unternehmern nicht.

Die bayerische Baugewerkschaft hat natürlich auch Unfallverhütungsvorschriften herausgegeben, aber befolgt werden sie von den meisten hiesigen Unternehmern nicht.

Wanne. Dienstag, den 6. April, ereignete sich am Neubau des Unternehmers Schwane ein Unglücksfall. Der Maurer Heinrich Schmeier war damit beschäftigt, auf dem Boden im Treppenhause der ersten Etage ein Rankholz zum Gerüstbauen aufzusetzen; da überhaupt keine Abdeckung vorhanden war, stürzte der Kollege, als er einen Schritt tat, in die Tiefe. Der Bedauernswerte mußte noch an demselben Abend im hiesigen Krankenhaus aufgenommen werden. Da keine Beugen bei dem Unfall zugegen waren, erklärte der Unternehmer, der demunglückte Kollege sei betrunken gewesen, was jedoch sämtliche am Bau beschäftigten Kollegen für unwahr erklärten.

Arbeiterlohn der nordbaltischen Baugewerkschaft. Die Genossenschaftsmitglieder werden wiederholt darauf hingewiesen, daß laut § 19 unserer vom Reichs-Vereinsrats am genehmigten revidierten Unfallverhütungsvorschriften vom Jahre 1898 Sänge- und Leitergerüste nur zu Anstreicher- und Kleinen Reparaturarbeiten zulässig sind. Stettin, 30. März 1904.

Der Vorstand der Sektion III. Müller. Dazu wird uns geschrieben: Es hat sich einige Menschenleben gelohnt, ehe sich der Sektionsvorstand zu einem etwas schärferen Vorgehen entschlossen hat.

Vom Wohnungsmarkt.

Eine bedeutende Zunahme haben die Wohnungen in Hamburg im Jahre 1903 erfahren, um 7467 gegen 4741 im Jahre 1902 und gegen 3322: 1901, 2371: 1900, 2354: 1899 und 1655 im Jahre 1898.

Table with columns: Jahr, Wohnungen mit Zimmern (1-5), 6 und mehr, Summa. Rows for years 1898-1903.

Die Zahl der gesamten Wohnungen ist in dem genannten Jahr um 178 416 auf 199 726 gestiegen. Der Stand 1898 betrug 6261 Wohnungen = 3,61 pZt., 1899: 6391 = 2,97 pZt., 1900: 4652 = 2,50 pZt., 1901: 4039 = 2,15 pZt., 1902: 5228 = 2,72 pZt. und im Jahre 1903 (im Oktober) 7079 = 3,64 pZt.

Der Mangel wird sich in verstärktem Maße fühlbar machen, wenn die projektierten Abbrüche größeren Umfangs demnach in die Tat umgesetzt werden.

Table with columns: Es standen leer, Haupt, Bon den Wohnungen haben Zimmer (1-5, 6 u. mehr). Rows for April, Juli, Oktober.

Von allen leerstehenden Wohnungen waren im April 47,32 pZt., im Juli 46,56 pZt. und im Oktober 40,34 pZt. Kleinwohnungen mit einem und zwei Zimmern. Die relative Zahl aller leerstehenden Wohnungen betrug etwas über 3 pZt.

111 461 Wohnungen vorhanden. Die leerstehenden Wohnungen hatten

Table with columns for room count (1, 2, 3, 4, 5, 6+) and total empty rooms (161).

Die Gruppe der Kleinwohnungen (bis zu drei Wohnräumen) macht 13,44 pZt. aller leerstehenden Wohnungen aus.

Table showing empty rooms by room count for various years from 1899 to 1903.

Die rasche Steigerung des Wohnungsbedarfes ist zum Stillstand gekommen, erhalt ist sogar ein kleiner Rückgang eingetreten.

Table showing the percentage of empty rooms by room count for different years.

Die kleinen und besonders die kleinsten Wohnungen standen also am häufigsten leer.

Table showing the percentage of empty rooms by room count for various years.

Die kleinen und besonders die kleinsten Wohnungen standen also am häufigsten leer.

Table showing the percentage of empty rooms by room count for various years.

Table showing rental prices for different room types (1 room, 2 rooms).

In Straßburg i. G. wurden nach dem statistischen Bericht bei der in der Zeit vom 2. bis 7. November b. J. veranstalteten Erhebung insgesamt 8,1 leerstehende Wohnungen oder 2,29 pZt. der vorhandenen Wohnungen, gegen 1,40 pZt. im November 1902 und 2,14 pZt. im November 1900 ermittelt.

Ueber die Verteilung der überhaupt vorhandenen und der leerstehenden Wohnungen auf die einzelnen Ordensklassen unterrichtet folgende Zusammenstellung:

Table showing the distribution of total and empty rooms across different room categories (1 room, 2 rooms, 3 rooms, 4 rooms, 5 rooms, 6+ rooms).

Eine Betrachtung der leerstehenden Wohnungen mit Rücksicht auf die Mietwerte läßt nach den Mitteilungen des Straßburger statistischen Amtes erkennen, daß trotz des gegen das Vorjahr um 89 pZt. gesteigerten Angebotes an leerstehenden Wohnungen die Mietpreise nicht nachgegeben haben.

Die Stufentaxe wurden in Magdeburg ausgeföhrt, weil sie die von den Unternehmern festgesetzten Bedingungen nicht anerkennen wollten.

Die Mieter streiken in der Wohnbewegung in Hendsburg, Hannover, Frankfurt a. M., Mainz und Wilschheim.

Der Verband der Zimmerer, Jahresabrechnung 1903. Der Verband hatte aus Eintrittsgeldern, Wochenbeiträgen, rückständigen Beiträgen und Einnahmen für die Zahlstellen eine Gesamteinnahme von M. 841 821,20.

Polizei und Gerichte.

Die Polizei in Königsberg i. Pr. hat nach einer Mitteilung der Königsberger 'Volkszeitung' am Freitag voriger Woche die Reihenbilder der beiden dortigen Mäntelorganisations, Verband und Fachverein, beschlagnahmt und die beiden Vorsitzenden und Kassierer der beiden Organisationen auf das Polizeipräsidium abführt.

Angestretener Kassierer. Der Maurer Adolf Gieß in Driejen war längere Zeit Kassierer unserer dortigen Zahlstelle.

Eingegangene Schriften.

Die 'Neue Zeit' (Stuttgart, Dießl. Verlag) Heft 28 des 22. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Lage Deutschlands. - Maßregeln und Politik. Von Karl Rautsky. - Kasernenfrage und Reichsstaatsf.

Von Dr. G. Jepsler, Charlottenburg. - Zum Kardinal Kopp-Prozess. Von Julius Bruns (Kaisersluth).

Die 'Neue Zeit' erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von M. 2,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden.

Briefkasten.

Wemel, B. Die Versammlungsanzeige müssen Sie regelmäßig aufgeben, wenn es Zeit ist.

Anzeigen.

Sterbetafel. (Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile kostet 10 Pf.)

Bayreuth. Meine Wohnung befindet sich nun jetzt an: Alstadt, Nicolausstr. 11.

Bremen. Die Adresse des ersten Vorsitzenden des Zweigvereins ist: N. Büschen, Sanktstr. 21/22 (Buxteh).

Versammlungs-Anzeiger. (Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der dem Erhaltungszweck der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht.)

Verbandsversammlungen der Maurer. Sonnabend, 16. April.

Sonntag, 17. April. Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.

Dienstag, 19. April. Bei Abreise. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig.

Mittwoch, 20. April. Abends 6 1/2 Uhr im 'Blattsticker' des Herrn Brauner. Alle Kollegen haben zu erscheinen.

Sonntag, 24. April. Nachmittags 3 Uhr Generativversammlung. Sämtliches Erscheinen ist erwünscht.

Oeffentliche Maurerverfassungen. Sonntag, 17. April. Klein-Raschen, Nachmittags 3 Uhr.

Zentral-Brankenkasse der Maurer usw. Sonntag, 24. April. Nachm. 3 Uhr im Salska Gaststätte 104. T. D.; Vorstand: Wasi, Abrechnung, Verschleiß, Bohr. Erw. erwünscht.

Gr.-Lichterfelde, Nachm. 3 Uhr im Salska Gaststätte 104. T. D.; Vorstand: Wasi, Abrechnung, Verschleiß, Bohr. Erw. erwünscht.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.